

Kapitel 1: Der Kosovo-Krieg 1999 – ein Abriss

Am 24. März 1999 gab US-General Wesley Clark, Oberbefehlshaber der NATO in Europa, gegen neun Uhr morgens in der Videokonferenz der Bündnispartner das Startzeichen: "Wir sind jetzt im Ausführungsmodus", sagte der spätere amerikanische Präsidentschaftskandidat der Demokraten gemäß seiner Erinnerungen in seinem Buch "Waging Modern War". "Es ist das erste Mal, dass die NATO etwas in dieser Größenordnung unternommen hat. Bodentruppen von uns sind in Gefahr in zwei benachbarten Ländern. Und wir haben eine unbegrenzte Dauer für diese Operation angesetzt". Mit diesen Worten wollte Clark klarmachen, dass seine wichtigsten Anführer die volle Bandbreite der anstehenden Angelegenheiten aus seiner Perspektive heraus sehen würden (Clark 2001, 182). Viele Regierungsmitglieder der NATO-Staaten gingen zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass ihr Gegner Slobodan Milosevic bald nachgeben, das Kosovo von seinen Einheiten räumen und an den Verhandlungstisch zurückkehren würde:

"Das wird in wenigen Tagen vorbei sein", verspricht US-Außenministerin Albright. Nato-Oberbefehlshaber Clark sieht eine gute Chance, den Job in 72 Stunden zu erledigen. Auch in der Bonner Regierung herrscht große Zuversicht, Milosevic werde schnell einknicken: "Ein kleiner Rauchpilz über einer Radarstation reicht für den Feigling."³⁵

Aus der "spontanen" Aktion der NATO wurden 78 Tage. Erst am 3. Juni 1999 wusste der jugoslawische Staatschef keinen Rat mehr und akzeptierte die Bedingungen der Vermittler der führenden Industriestaaten. Am 10. Juni erklärte die NATO die Kampfhandlungen offiziell für beendet. Was dazwischen am Boden und in der Luft rund um das Kosovo passierte, ist bis heute teilweise unklar. Vom Wüten serbischer Einheiten unter der albanischen Bevölkerung war die Rede, ungesicherte, in die Millionen weisende Zahlen von Flüchtlingen im und aus dem Kosovo machten die Runde. Im Nachhinein wurde bestätigt, dass zur Hochzeit der Kriegshandlungen, im Mai 1999, "etwa 800.000 Albaner aus dem Kosovo entweder von serbischen Sicherheitskräften oder Paramilitärs vertrieben wurden oder aus Angst vor ihnen geflüchtet waren" (Jurekovic 2000, 61). Zu diesem Zeitpunkt ist von einer Massenflucht bzw. -vertreibung großer Teile der albanischen Bevölkerung im Kosovo auszugehen.

Die reinen Zahlen geben aber keinen wirklichen Aufschluss über die Ursachen der "Völkerwanderung". Da im Kosovo zwischen Ende März und Anfang Juni 1999 fast keine neutralen Beobachter vor Ort waren, konnten Milosevic und das serbische Staatsfernsehen die Behauptung aufstellen, dass die Albaner vor den NATO-Bomben geflohen seien³⁶. Dagegen wehrten sich Vertreter der

³⁵ Erich Follath: Der etwas andere Krieg. Kosovo (II), *Der Spiegel* 2/2000, 136

³⁶ Vgl. etwa: Nato-Angriffe auf Jugoslawien verstärkt, *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. April 1999

NATO-Staaten wiederholt und vehement. So zeigte sich US-Außenministerin Madeleine Albright – eine der wichtigsten Befürworterinnen der Intervention³⁷ – bei einem Presseauftritt gemeinsam mit ihrem britischen Kollegen Robin Cook entrüstet über derlei Äußerungen des jugoslawischen Präsidenten:

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, wie abscheulich ich es fand, als ich hörte, wie Milosevic in einem in der letzten Nacht ausgestrahlten Interview seine große Lüge wiederholte, die Kosovo-Flüchtlinge würden vor den NATO-Bomben und nicht vor den ethnischen Säuberungen Belgrads fliehen. Das wird sicherlich eine Neuigkeit für die Flüchtlinge sein, die in Augenzeugenberichten von den Scheußlichkeiten, die auf Anweisung Milosevics begangen werden, erzählen. Milosevic kann die Wahrheit leugnen, aber er kann sie nicht ändern, und die Wahrheit ist, daß seine Truppen für die schlimmsten Verbrechen verantwortlich sind, die in den vergangenen 50 Jahren verübt worden sind³⁸.

Ob von Milosevics Einheiten gezielte "ethnische Säuberungen" im Kosovo durchgeführt wurden und inwieweit der jugoslawische Staatschef persönlich dafür verantwortlich zeichnet, versucht das in Den Haag eingerichtete Tribunal für die Aufarbeitung von Kriegs-verbrechen im ehemaligen Jugoslawien zu klären. Milosevics Ankläger gehen davon aus, dass die "Säuberungen" von einer "beinahe mittelalterlichen Blutrunst" – so die Chefanklägerin Carla del Ponte – geprägt waren und im Kosovo, in Bosnien und in Kroatien immer auf ähnliche Weise und damit "musterhaft" ausgeführt wurden. Zuerst habe die jugoslawische Armee ein Dorf umringt und mit schwerer Artillerie beschossen, dann seien Paramilitärs oder Sonderpolizisten eingedrungen, um einzelne Häuser zu stürmen, zu plündern, die Bewohner zu vertreiben oder zu ermorden. Zum Schluss seien die "eroberten" Gebäude in Brand gesteckt worden, um den Vertriebenen eine Rückkehr unmöglich zu machen³⁹.

Um Milosevic tatsächlich des Völkermords – und damit des schlimmsten menschlichen Verbrechens – zu überführen, müssen die Ankläger vor dem Tribunal entsprechende Aussagen aus dem innersten Führungszirkel des ehemaligen Oberbefehlshabers der jugoslawischen Armee finden. "Denn Völkermord hat nur begangen, wer nachweislich die Absicht hatte, ein Volk oder einen Teil eines Volkes zu vernichten – für diesen Vorwurf reicht es nicht, wenn Milosevic es nur versäumt hat, seine Untergebenen von Kriegsverbrechen abzuhalten"⁴⁰. Insgesamt ist die "Genozid-Anklage" gegen die jugoslawische Führung, mit dem die NATO-Staaten ihr Eingreifen gerechtfertigt

³⁷ Das US-Magazin *Time* berichtete am 10. Mai 1999 in einer Titelgeschichte von Walter Isaacson unter dem Titel "Madeleine's War" darüber, wie sehr sich Albright für den Waffengang gegen Milosevic in den USA und international einsetzte.

³⁸ Erklärungen der amerikanischen Außenministerin, Madeleine Albright, und des britischen Außenministers, Robin Cook, am 22. April 1999 in Washington, http://www.dgap.org/IP/ip9905/albright_cook220499.htm

³⁹ Vgl. Bettina Vestring: Der letzte Angriff, *Berliner Zeitung* vom 14.02.2002. Für einen ausführlichen Report der "Kampagne" serbischer Einheiten s. International Crisis Group (2000).

⁴⁰ Vestring, a.a.O.

tigt haben, wiederholt hinterfragt worden: "So unbestreitbar die Morde an den Kosovo-Albanern sind, so schlimm die Menschenrechts-verletzungen, so verdammungswürdig Milosevic und seine Politik – ob die Nato wirklich einen 'Völkermord' auf dem Balkan gestoppt hat, bleibt sehr umstritten"⁴¹. Die reinen Zahlen der Kriegstoten unter albanischen Zivilisten und Mitgliedern der UÇK waren jedenfalls niedriger, als zunächst zu erwarten: Die NATO hatte während des Kriegs wiederholt angegeben, dass 200.000 bis 400.000 Kosovo-Albaner "vermisst" würden. Am 10. November 1999 legte del Ponte jedoch einen Bericht des Tribunals vor, demnach bis zu diesem Zeitpunkt 2108 Leichen gefunden wurden⁴². Damals waren die Mitarbeiter des Tribunals zwar vielen Hinweisen aus der Bevölkerung auf angebliche Massengräber noch nicht nachgegangen. Doch der Leiter des beauftragten Pathologenteams, Emilio Perez Pujol, erklärte Anfang 2000, dass seinen Berechnungen nach die Zahl der Toten im Kosovo insgesamt bei "höchstens 2500" liegen werde⁴³.

Stärker noch als vor und während des Kriegs wird damit fraglich, ob die Angriffe der NATO auf Jugoslawien gerechtfertigt waren. Schon damals hatte der Feldzug der Allianz aus der Luft eine heftige Debatte ausgelöst⁴⁴. Die Advokaten des Eingreifens der NATO wiesen dabei auf die "humanitäre Katastrophe" hin, welche serbische Einheiten ihrer Ansicht nach spätestens seit 1998 im Kosovo ausgelöst hatten. Fakt ist, dass die Auseinander-setzung zwischen albanischen und serbischen Bevölkerungsgruppen eine lange Geschichte hat, dass dabei einige historische Mythen im Spiel sind und dass die Streitigkeiten 1998/1999 einen blutigen Höhepunkt erreichten. Fragen zu stellen wie: "Wer hat angefangen?" macht in einer solchen Konstellation ähnlich wie bei einem Ehekrach keinen Sinn. Überhaupt dürfte eine zu starke Betonung der Geschichte des Kosovo eher die Sicht auf handfestere Gründe für den Völkerzwist verstellen. Eine kurze Zusammenfassung der Historie des Streits um die jugoslawische Provinz erscheint aber angebracht, da diese von den gegnerischen Parteien immer wieder bewusst oder unbewusst ins Feld geführt wird.

Das Kosovo und seine Mythen

Die Bedeutung des Kosovo für die Serben reicht bis ins Mittelalter zurück. Das alte serbische Großreich stand auf dem Hochpunkt seiner Blüte unter Zar Stefan Dusan, der 1346 vom serbischen Patriarchen zum "Kaiser der Serben und der Griechen" gekrönt wurde⁴⁵. Das Kosovo wurde geografischer Mittelpunkt seines Reichs und wegen des dort zu findenden Silbers und anderer Bodenschätze auch Hauptquelle seines Reichtums. Dusan begann auch mit dem Bau

⁴¹ Erich Follath: Der etwas andere Krieg, Kosovo (III), *Der Spiegel* 3/2000, 169

⁴² Q & A: Counting Kosovo's Dead, *BBC Online* 12.11.1999, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/517168.stm>

⁴³ Follath: Der etwas andere Krieg, Kosovo (III), a.a.O.

⁴⁴ Provokante Beiträge zur Kosovo-Debatte liefern im Nachhinein u.a. Elsässer (2000) und Loquai (2000).

⁴⁵ Vgl. für die folgenden Ausführungen Joetze 2001, 20ff. Ausführlicher s. Malcolm (1998).

zahlreicher Klöster mit berühmten Fresken im Kosovo, in dem zudem das Patriarchat der orthodoxen Kirche angesiedelt war. Die Größe des Reichs währte jedoch nur kurz: nach Dusans Tod 1355 kämpften rivalisierende Territorialherren um sein Erbe. Fürst Lazar setzte sich zunächst durch und führte 1389 serbische und auch albanische Adlige in die Schlacht gegen die Osmanen auf dem zentralen Kosovo Polje, dem Amselfeld, in der beide Anführer fielen und die Türken die Oberhand gewannen. 1455 konnten sie die Errichtung einer direkten osmanischen Herrschaft gänzlich durchsetzen. Die Schlacht auf dem Amselfeld wurde jedoch in zahlreichen serbischen Liedern besungen und rettete ein eigenes Identitätsgefühl der Serben in die Neuzeit.

Erst 1912 eroberte Serbien das Kosovo von den Osmanen zurück. Im königlichen Jugoslawien konnte sich der Nationalstolz dann erst einmal Bahn brechen, worunter die albanische Bevölkerung zu leiden hatte: Ihre Schulen wurden dicht gemacht, ihre Zeitungen verboten. Eine Bodenreform in den 1920ern enteignete den albanischen Adel. Seitdem wurden die serbischen Kolonisten ständig gefördert, doch der albanische Bevölkerungsanteil stieg dank der hohen Geburtenrate⁴⁶ der Kosovo-Albaner trotzdem laufend an: Lag das Verhältnis zwischen Albanern und Serben nach der Rückeroberung zunächst bei 60 zu 40, ergab die letzte offizielle Volkszählung von 1981 ein Verhältnis von 77,5 Prozent zu 13,2 Prozent bei einer Gesamtbevölkerung von 1,9 Millionen, zu der auch einige zusätzliche nationale Minderheiten zählen (Joetze 2001, 27). Die sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien unter Josip Broz Tito bemühte sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg um eine integrative Politik bis hin zur Gewährung der Autonomie für die Provinz. Doch die kehrte sich spätestens von 1987 ins Gegenteil um.

Es war die Zeit, in der sich der kommunistische Wirtschaftsfunktionär Slobodan Milosevic seine Meriten verdiente. Er war von seinem politischen Ziehvater, dem Parteivor-sitzenden des serbischen Bunds der Kommunisten Jugoslawien, Stambolic, im April 1987 ins Kosovo geschickt worden, um Beschwerden der dortigen Serben gegen Drangsalierungen durch die albanische Bevölkerungsmehrheit nachzugehen. Just erneut im Ort Kosovo Polje kam es damals zu Krawallen bei einer Demonstration. Milosevics fand dabei jene Worte, die ihm den Weg an die Spitze Jugoslawiens bahnten: "Niemand soll es wagen, euch zu schlagen." Das war der Augenblick, "wo Milosevic die Macht des Nationalismus entdeckte"⁴⁷.

Sein weiterer politischer Aufstieg – und Fall – ist eng mit dem Kosovo verbunden. Am 28. Juni 1989 feierte er den 600. Jahrestag der historischen Schlacht auf dem Amselfeld mit einer patriotischen Rede⁴⁸. Schier die ganze

⁴⁶ Mit 23,1 pro Tausend ist die Geburtenrate der Kosovo-Albaner europäische Spitze. Im Kosovo lebten 1999 vor dem Krieg neunmal mehr Albaner als Serben, aber sie hatten sechszehnmals mehr Kinder (vgl. Joetze 2001, 27).

⁴⁷ Vestring, a.a.O.

⁴⁸ Online dokumentiert u.a. unter <http://www.swans.com/library/art8/smilos01.html>

Nation war vor den Fernsehern dabei und von der Inszenierung begeistert. Die Autonomie des Kosovo hob Milosevic auf und führte "ein Apartheidregime ein." 1991 "serbisierte" er das Erziehungswesen. Gleichzeitig wurden albanischen Ärzte und das Pflegepersonal aus dem staatlichen Gesundheitswesen entfernt (Joetze 2001, 28). In der Aufhebung des Autonomiestatus 1989 sieht General a. D. Klaus Naumann, ehemaliger Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, die Ursache der späteren Eskalation des Konflikts. "Von da an ist es schwer, zwischen Gewalt und Gegengewalt, zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können" (2000, 24).

Die Albaner konterten zunächst mit einem gewaltlosen Widerstand unter der Führung des Literaten Ibrahim Rugova. Sie hielten eigene Wahlen ab, aus der Rugova und seine Demokratische Liga des Kosovo (LDK) als Sieger hervorgingen, und errichteten eine Art Staat im Staate mit einer zweiten Verwaltung und einem eigenen Bildungssystem. 1991 erklärten sie formell die "Unabhängige Republik Kosovo". 1992 sollte gar eine eigene Polizeitruppe entstehen, was Milosevic allerdings verhinderte. Das Parlament in Belgrad ignorierten die Albaner vollständig und boykottierten die Wahlen. Rugova warb derweil international für den Schattenstaat und seinen Weg der Gewaltlosigkeit. Viel Gehör wurde ihm anfangs jedoch nicht zuteil, da die Krisenherde in anderen Regionen des auseinander fallenden Jugoslawiens noch größer waren. So kam das Kosovo-Problem denn auch 1995 bei der Konferenz in Dayton und dem dort ausgehandelten Abkommen über Bosnien-Herzegowina nicht auf den Verhandlungstisch. Erwarb sich Milosevic dort durch seine Zugeständnisse doch die Gunst der internationalen Gemeinschaft, sodass diese ihm nicht zusätzlichen Ärger bereiten wollte.

Spirale der Gewalt

Viele der "Vergessenen von Dayton" sahen die "Gandhi"-Strategie Rugovas nach der Balkankonferenz gescheitert⁴⁹. Von 1996 an weht daher ein schärferer Wind über den Balkan, für den vor allem die *Ushtria Çlirimtare E Kosoves*, die Befreiungsarmee des Kosovo (*UÇK*) steht. Sie entstand zu diesem Zeitpunkt vor allem aus ehemaligen Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee und war ein bunt zusammen gewürfelter Haufen. Ihr Ziel war es, mit Waffengewalt gegen die serbischen Machthaber im Kosovo zu kämpfen. Geld beschafften sich die "Freiheitskämpfer" über nicht immer ganz saubere Wege, hauptsächlich "durch ein System von Beiträgen von drei Prozent des Nettolohns unter den albanischen Gastarbeitern, vor allem in der Schweiz und in Deutschland" (Joetze 2001, 30). Aber auch Drogengelder sollen etwa aus Deutschland von Kosovo-Albanern in die alte Heimat geflossen und der "Befreiungsarmee"

⁴⁹ Vgl. für die Ausführungen in diesem Kapitel vor allem Jurekovic 2000, 44ff. und Joetze 2001, 30ff.

zugute gekommen sein⁵⁰. Massenweise zu Handfeuerwaffen kam die UÇK 1997, als das benachbarte Albanien in einem Finanzskandal versank, ein Drittel der Bevölkerung seine Ersparnisse verlor und die erbosten Massen die staatlichen Waffenlager stürmten. Viele der erbeuteten Maschinengewehre und Handgranaten wanderten über die nordöstliche Grenzen ins Kosovo.

Die zunächst vereinzelt, später massiver werdenden Angriffe der UÇK auf serbische Polizisten wurden damals (und werden bis heute) vielfach in Äußerungen von Politikern und in der Literatur als "Terrorakte" beschrieben: "Die UÇK agierte von 1996 bis zu Beginn des Jahres 1998 in Kleingruppen. Die Aktionen entsprachen in dieser Phase den Aktivitäten einer politisch motivierten Terrororganisation (gezielte einzelne Anschläge auf Posten feindlicher Sicherheitskräfte)" (Jurekovic 2000, 44). Noch im Februar 1998 charakterisierte der US-Sondergesandte für den südslawischen Raum, Robert Gelbhard, die UÇK "ohne jeglichen Zweifel" als "eine Terroristengruppe"⁵¹. Zur selben Zeit erhielt die selbst ernannte Befreiungsarmee die Struktur einer "Guerillabewegung" mit entsprechendem Tatendrang: Die UÇK verfolgte damals "über mehrere Monate hinweg eine klare Kleinkriegtaktik, indem sie nach sorgfältiger Vorbereitung sogenannte 'Hit and run'-Attacken primär auf ortsfeste Einrichtungen der serbischen Sicherheitskräfte, zunehmend jedoch auch auf Marschkolonnen und Versorgungskonvois durchführte" (Feichtinger 2000, 103). Damit gelang es den Freischärlern, ihr Operationsgebiet zusammenzuziehen. Anfang 1998 konnte die UÇK so erstmals im zentralkosovarischen Raum Drenica ein größeres Territorium unter ihre Kontrolle bringen.

Die ständigen Nadelstiche der Kämpfer setzte die serbische Führung unter Zugzwang und entzog auch der Schattenregierung Rugovas die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Die militärische Eskalation des Konfliktes begann dann "mit der ersten größeren Operation, die die serbische Sonderpolizei vom 28. Februar bis 5. März in Drenica gegen die UCK durchführte. Diese Operation [...] führte zum Tode von mehr als 80 Albanern, die größtenteils nicht der UCK angehört haben dürften" (Jurekovic 2000, 45). Fünfundzwanzig von ihnen waren Frauen und Kinder. Die serbischen Paramilitärs setzten zur Abschreckung folglich auf die Praxis der "Sippenhaft", die sie schon im bosnischen Krieg angewandt hatten. "Das sind osmanische Traditionen, die örtlich nachwirken. Nach internationalen Standards sind es unverhältnismäßige Mittel" (Joetze 2001, 31). Die Reaktion bei den Vereinten Nationen bestand jedoch trotz starker Rhetorik zunächst in schwachen Sanktionen. Immerhin erließ der UN-Sicherheitsrat am 31. März 1998 ein Waffenembargo gegen Jugoslawien. Es beeindruckte aber keine der beiden Seiten (vgl. ebd.).

⁵⁰ UCK durch Drogengelder finanziert, *Spiegel Online* vom 28.06.1999, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,29163,00.html>

⁵¹ Ash, a.a.O.

Einen Minimalkonsens über die Lösung des Konflikts hatten die maßgeblichen westlichen Staaten und Russland prinzipiell bereits am 9. März im Rahmen der so genannten Balkan-Kontaktgruppe in London erzielt. Die fünf ihr angehörigen Länder – die USA, Russland sowie Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland – forderten in ihrem damals verabschiedeten Plan die jugoslawische Führung auf, innerhalb von zehn Tagen die Einheiten ihrer Sonderpolizei aus dem Krisengebiet zurückzuziehen, die Vorfälle in Drenica untersuchen zu lassen und mit der kosovo-albanischen Führung einen ernsthaften politischen Dialog über den künftigen Status des Kosovo zu beginnen. Auch die "terroristischen Akte der UÇK" wurden verurteilt. Der von serbischer Seite zugesicherte Verhandlungsprozess kam aber rasch ins Stocken. "Nicht zuletzt deshalb, weil die Kosovo-Albaner in interne politische Kämpfe verstrickt waren" (Jurekovic 2000, 47). Die UÇK etwa weigerte sich, Rugova als politischen Kommissär anzuerkennen, und wollte stattdessen die politischen Parteien ihrem Kommando unterstellt wissen.

So sprachen trotz des internationalen Drucks weiter die Waffen im Kosovo. Die Serben versuchten, "durch den Aufbau eines dichten Stützpunkt- und Kontrollsystems an den Hauptbewegungslinien im Kosovo sowie durch die Abriegelung der Grenze zu Albanien – zur Unterbrechung der für die UÇK so wichtigen Versorgungsachsen – den Widerstand entscheidend zu schwächen" (Feichtinger 2000, 102). Begleitet wurden die Kampfanstrengungen durch verstärkte juristische Abschreckurteile gegen albanische "Terroristen". Doch "je restriktiver die serbischen Sicherheitskräfte auftraten, desto größer war der Zulauf zum albanischen bewaffneten Widerstand" (ebd.). Vom Erfolg verleitet, bezogen die "Freiheitskämpfer" ähnlich wie ihre serbischen Gegner im Frühsommer auch "Elemente konventioneller Kriegsführung ins Handlungsspektrum" mit ein (ebd., 103), griffen also ganze Ortschaften wie das Dorf Orahovac oder Fabriken wie das Kraftwerk Belacevac an. Eigenen Angaben zufolge kontrollierte die UÇK im Juni 1998 bereits 40 Prozent des kosovarischen Territoriums und sprach davon als "befreiten Gebieten". Die Zahl der Kämpfer vermehrte sich von wenigen Hundert zu Jahresbeginn auf geschätzte 15.000 bis 30.000 im Frühsommer. Die serbische Seite konterte immer wieder mit Gegenangriffen, sodass von Anfang Juli an anhaltende Gefechte beispielsweise in Dörfern der Gemeinde Decani⁵² zugange waren.

Die permanenten Kampfhandlungen führten zu ersten großen Flüchtlingswellen ins Landesinnere, aber auch zu einem anschwellenden Exodus aus dem Kosovo nach Albanien, Montenegro, Mazedonien und vereinzelt nach Serbien. Anfang Juli waren laut einer Meldung des Uno-Flüchtlingskommissariats bereits 77.000 Menschen auf der Flucht. Mehr als 300

⁵² Ortsnamen werden im Folgenden in ihrer serbischen Form wiedergegeben. Damit ist kein Werturteil verbunden, sondern es wird eine Anpassung an die Schreibweise in der Mehrzahl der gefundenen Literatur vorgenommen und dem Leser eine Auseinandersetzung mit leicht unterschiedlichen Namen in Klammerarien erspart.

Personen dürften der Gewalt beider Seiten bis dahin zum Opfer gefallen sein (vgl. Feichtinger 2000, 107). Etwas mehr Ruhe kehrte erst im Hochsommer ein, nachdem die serbischen Sicherheitskräfte eine groß angelegte Offensive mit einem Vorstoß in das von der UÇK zum "Zentrum des Widerstands" erhobene Malisevo. Die Widerstandskämpfer mussten nach und nach die Kontrolle über Ortschaften in der Drenica-Region und im Westkosovo aufgeben. Die Räumung von Junik nahe der albanischen Grenze "nach dreiwöchiger Belagerung am 16.8.1998 bildete für die UÇK den negativen Höhepunkt und für die serbischen Truppen de facto das Ende der Operation im Großen, aber nicht der Offensive im Kleinen" (ebd.).

Die Krise eskaliert

Die internationale Gemeinschaft – allen voran die USA – hatte sich derweil langsam mit der UÇK als Ansprechpartner im Kosovo arrangiert. Richard Holbrooke – obwohl offiziell nicht mehr im diplomatischen Dienst, sondern als Bankier tätig – löste Gebhard im Mai 1998 als US-Sonderbeauftragter ab und posierte am 24. Juni mit UÇK-Kämpfern bei einem Gespräch in Junik vor der Kamera. Für die Befreiungsarmee war dies ein PR-Erfolg (vgl. Joetze 2001, 32). Insgesamt war das Konfliktmanagement der westlichen Staaten im Frühjahr und Sommer 1998 durch die Ausübung von ökonomischen und politischen Druck auf die serbische Führung gekennzeichnet. Diese sollte sich zu einem "politischen Kompromiss" in der Kosovofrage bereit zeigen und ihre Militäroperationen einstellen. Es wurden eine Reihe von Sanktionen verabschiedet (vgl. Jurekovic 2000, 48). Dennoch gelang es der Staatengemeinschaft nicht, "real konfliktsteuernden Akteursstatus zu erlangen. Der Umstand, daß innerhalb der Balkankontaktgruppe und besonders im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine einheitliche Position bezogen wurde und kein Konsens über eine mögliche Intervention zu erzielen war, bestätigte Milosevic in seiner Einschätzung der Situation" (Feichtinger 2000, 108). Er sah vor allem Russland auf seiner Seite, das sich wiederholt gegen eine militärische Einmischung in die "inneren Angelegenheiten" Jugoslawiens aussprach.

Bis Mitte September 1998 stieg die Zahl der Flüchtlinge auf etwa 265.000 an. Als "Problemgruppe" wurden vor allem die sich darunter befindlichen rund 50.000 Kosovo-Albaner betrachtet, die sich in den Wäldern verborgen hielten und nicht von Hilfsorganisationen versorgt werden konnten (vgl. Jurekovic 2000, 48). Seit diesem Zeitpunkt "beherrscht daher die 'Verhinderung einer humanitären Katastrophe' das Denken der Regierungen" (Joetze 2001, 35). So erließ der Uno-Sicherheitsrat einerseits am 23. September seine bislang schärfste Resolution (Nr. 1199), in der er einen sofortigen Waffenstillstand forderte. Gleichzeitig änderte die westliche Staatengemeinschaft ihr Konfliktmanagement und drohte verstärkt mit einem Eingreifen der NATO. Die Diskussion war dabei "stark beeinflusst durch die bosnischen Erfahrungen.

Damals hatten sich die westlichen Regierungen vorwerfen müssen, gegen die Exzesse des Kriegs spät und halbherzig eingegriffen zu haben" (ebd., 32). Bereits im Juni hatte sich die NATO Gedanken zu möglichen militärischen Alternativen gemacht und dabei die grundlegende und später prinzipiell beibehaltene Strategie ausgearbeitet: Luftangriffe auf ausgewählte serbische Militärziele im Kosovo wurden als Option erachtet, nicht jedoch der Einsatz von Bodentruppen (vgl. Jurekovic 2000, 49). Als sich am 23. und 24. September dann die Verteidigungsminister der NATO in Portugal trafen, plädierte vor allem Generalsekretär Javier Solana für eine harte Linie gegen Milosevic. Der NATO-Rat erließ daraufhin die so genannte "Activation Warning" (ACTWARN). Sie forderte die Mitgliedsstaaten auf, das für Luftoperationen zur Verfügung stehende Personal und Material zu annonciieren.

Nachdem Anfang Oktober vermehrt Indizien auftauchten, dass serbische Einheiten Kriegsverbrechen an der albanischen Zivilbevölkerung begangen haben könnten, folgte am 12. Oktober die "Activation Order" (ACTORD), mit der die gemeldete NATO-Streitmacht von damals 430 Kampflugzeugen Clark als Oberkommandierenden in Europa unterstellt wurde. Sein Auftrag lautete, innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Luftangriffe auf genau festgelegte und vom Rat gebilligte Ziele – inzwischen auf dem ganzen Territorium der Republik Jugoslawien – zu befehlen (vgl. ebd., 51f). Auch die gerade frisch gewählte und noch gar nicht offiziell angetretene rot-grüne Bundesregierung unter Schröder und Fischer stimmte der ACTORD zu, nachdem die US-Administration zur Eile gemahnt hatte. Man wollte "Bündnisfähigkeit" signalisieren und nicht als "Bananenrepublik" dastehen, wie von amerikanischer Seite nach dem Regierungswechsel befürchtet worden war. Am 16. Oktober erteilte auch der zu einer Sondersitzung einberufene alte Bundestag der Entscheidung des Kabinetts die nötige Absolution. Und zwar mit überwältigender Mehrheit – mit 503 gegen 63 Stimmen bei 18 Enthaltungen (vgl. Joetze 2001, 39).

Milosevic, dessen Verteidigungsrat am 4. Oktober noch angekündigt hatte, "das Land mit allen Mitteln gegen NATO-Angriffe verteidigen zu wollen"⁵³, lenkte nach der offiziellen Einführung der Pressezensur am 8. Oktober in Serbien in letzter Minute angesichts des Ultimatums ein und schloss am 13.10.1998 mit Holbrooke ein Abkommen. Darin erklärte er sich bereit, seine Einheiten mit Ausnahme von 12.500 Soldaten und 6500 Sonderpolizisten abzuziehen und maximal 2000 unbewaffnete Beobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ins Kosovo zu lassen (vgl. Joetze 2001, 42; Jurekovic 2000, 53). Zu deren Schutz stationierte die NATO von November an die so genannte *Extraction Force* in einer Stärke von etwa 1700 Mann in Mazedonien – allerdings gegen den deklarierten Willen Belgrads (vgl. Feichtinger 2000, 108). Der Rückzug der serbischen Truppen war am 27. Oktober fast vollständig abgeschlossen. Allerdings nicht ganz im ausgemachten

⁵³ Vgl. die Reuters-Meldung: Holbrooke überraschend nach Brüssel und Belgrad, 05.10.1998

Umfang, weshalb der Nato-Rat die ACTORD weiter aufrecht hielt und nur in ihrer Dringlichkeit zurückstufte (vgl. Joetze 2001, 43).

Das Abkommen bestärkte zwar zunächst die allgemeine Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts, hatte jedoch letztlich nur aufschiebenden Charakter. Sein großes Manko bestand darin, dass die UÇK nicht eingebunden war und die Zwischenfälle im Kosovo von Mitte Oktober an wieder verstärkt auf ihr Konto gingen (vgl. ebd.). Im Spätherbst und im Winter verbesserte sich die Sicherheitslage im Kampfgebiet nicht etwa, sondern verschlechterte sich sukzessive (vgl. Jurekovic 2000, 54). Die UÇK stellte "nicht nur die Kontrolle über weite Teile des ländlichen Gebietes wieder her, sondern sie weitete ihren Aktionsradius auch auf städtische Gebiete aus. Dies rief besonders bei der in Städten konzentrierten serbischen Minderheit Panik hervor, die sich in Protesten gegen die Belgrader Regierung entlud" (ebd., 55). Es kam zu Anschlägen, bei denen auch serbische Zivilpersonen getötet wurden, etwa bei einem Feuergefecht in einem Kaffeehaus bei Pec. Die "Verification Mission" der OSZE hatte dabei keine mäßigende Wirkung und musste sich massive Kritik gefallen lassen. In die Schusslinie kam vor allem ihr Anführer William Walker, ein ehemaliger US-Botschafter, der in den Bürgerkriegszonen Honduras und Salvador kein leichtes Amt versehen hatte und im Kosovo als "seiner Aufgabe nicht gewachsen" galt. Die Beobachtungsmission handelte sich so rasch ein "antiserbisches, proalbanisches und Pro-Nato-Image" ein (Joetze 2001, 44). Die Zeichen an der Wand deuteten auf eine weitere Eskalation hin.

Racak als Wendepunkt

Zu der kam es am 15. Januar 1999 bei der Besetzung des Ortes Racak durch serbische Einheiten. Racak liegt unweit der Verbindungsstraße zwischen der Kosovo-Hauptstadt Pristina und dem südwestlichen Provinzzentrum Prizren. In dieser Region erschossen UÇK-Kämpfer immer wieder serbische Polizisten, beispielsweise am 10. Januar (vgl. ebd., 46). Serbische Verbände riegelten in der Nacht zum 13. Januar daher das Dorf, in dem die Belgrader Militärführung eine wichtige Schaltzentrale der UÇK vermutete, ab und es kam zu Gefechten mit Schusswechseln von beiden Seiten. Nach einem Granatbeschuss nahmen die serbischen Sicherheitskräfte den Ort am 15. Januar ein. Was genau dabei passierte, ist bis heute ungeklärt und Ursache heftiger Spekulationen. Fest steht nur, dass die Beobachter der OSZE tags darauf im Dorf und in seiner unmittelbaren Nähe 45 albanische Tote fanden, darunter auch Alte und Kinder. Missionschef Walker, der in Begleitung von Journalisten anrückte, diagnostizierte unter dem Eindruck der vor allem in einem Graben außerhalb Racaks angehäuften Leichen rasch eine "Exekution" und sprach von einem "Massaker" der serbischen Einheiten⁵⁴.

⁵⁴ Vgl. Renate Flottau et al.: Täuschen und Vertuschen, *Der Spiegel* 12/2001, 244

Walkers emotionale Worte und die Bilder der teilweise verstümmelten Leichen in ziviler Kleidung gingen rund um die Welt und verschafften der Kosovo-Krise "eine neue Qualität in den Medien" (ebd., 47). Der ehemalige US-Botschafter hatte "das Stichwort für den Luftkrieg der Nato geliefert", konstatierte *Der Spiegel* im Nachhinein⁵⁵. "Denn die schrecklichen Bilder der Toten von Racak stärkten die Position derjenigen Politiker im Bündnis, die Jugoslawiens Despoten Slobodan Milosevic an den Verhandlungstisch bomben wollten." So bezeichnete Joschka Fischer das Blutbad als "Wendepunkt" in der Wahrnehmung des Konflikts. Der Welt sei damals klar geworden, "dass Serbien nicht vorhatte, mit dem Morden aufzuhören", interpretiert auch Hashim Thaci, der sich damals zu einem der Anführer der UÇK aufschwingende Rebell, später die Vorgänge in Racak⁵⁶. Ob es tatsächlich zu einem "Massaker" kam oder ob die Kosovo-Albaner im Rahmen eines Gefechts während des Bürgerkriegs starben und Unterstützer der UÇK waren, ist bis heute umstritten. In der Presse und in der Literatur wurde und wird die "Verschlussache Racak"⁵⁷ bzw. das "angebliche Massaker"⁵⁸ jedenfalls heftig diskutiert.

Nahrung für beide Seiten liefert eine wissenschaftliche Untersuchung finnischer Gerichtsmediziner, die im Kosovo im Auftrag der EU tätig waren und sechs Tage nach dem Auffinden der Leichen von Racak diese unter die Lupe nahmen. Helena Ranta, die Leiterin des Teams, veröffentlichte die Ergebnisse am 17. März 1999, also kurz vor dem Beginn der Luftschläge der NATO. Der "Massaker"-These Walkers konnte und wollte sich die Zahnärztin dabei nicht direkt anschließen. Das Wort habe keine wissenschaftliche Bedeutung, erklärte sie. Eine Massenhinrichtung könne nicht belegt werden. Gleichzeitig erteilte sie aber auch der bereits aufgekommenen Theorie, wonach die UÇK das Blutbad nur inszeniert habe, eine Absage. Denn die Opfer seien durchaus aus der Nähe erschossen worden und hätten keine Schmauchspuren an den Händen gehabt, was auf eine Gegenwehr hingedeutet hätte. Wie bei so vielen Streitfragen rund um den Kosovo-Krieg, werden die Ankläger des Haager Tribunals auch im Fall Racak aber letztlich "Schwierigkeiten haben, Schuldige und Unschuldige eindeutig zu benennen"⁵⁹. Laut den Recherchen des *Spiegel* würden die Uno-Ermittler insgeheim etwa zugeben, dass rund die Hälfte der Opfer UÇK-Helfer oder Sympathisanten der Guerillabewegung gewesen seien und die Kämpfer für ein unabhängiges Kosovo bei der öffentlichen Darstellung der Vorgänge in Racak – und in anderen Gebieten – als Massaker mitgewirkt hätten. Außer Zweifel stehe aber auch, dass in dem schlagartig bekannt gewordenen Dorf "Unbewaffnete heimtückisch ermordet worden sind"⁶⁰.

⁵⁵ Ebd., 238

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Bo Adam und Roland Heine: Neues in der Verschlussache Racak, *Berliner Zeitung* vom 17. Januar 2001

⁵⁸ Christoph von Marschall: Falsche Bilder, richtiger Krieg, *Tagesspiegel* vom 18.01.2001

⁵⁹ Flottau et al., a.a.O.

⁶⁰ Ebd.

Die 45 Toten von Racak verschwinden in der internationalen Statistik zu Gewalttaten zwischen Völkergruppen auf den hinteren Plätzen. Viel weiter vorn rangieren da die Massaker zwischen Hutus und Tutsis im Gebiet der Großen Seen in Ruanda, bei denen schätzungsweise allein 1994 mehr als 800.000 Menschen innerhalb von rund 100 Tagen ermordet wurden⁶¹. Oder die Massentötung von geschätzten 7000 muslimischen Männern und Jungen nach der Eroberung der UN-Enklave Srebrenica in Bosnien durch serbische Einheiten unter deren Anführer Ratko Mladic im Sommer 1995⁶². Die politischen Auswirkungen von Racak werden dennoch mit denen von Srebrenica verglichen (vgl. Joetze 2001, 50) und als "Initialzündung" für die Rambouillet-Verträge und damit letztlich für den Krieg der NATO beschrieben⁶³. Vor allem die USA drangen fortan auf ein militärisches Ultimatum. Die Balkan-Kontaktgruppe konnte sich am 29. Januar dann zu der Forderung an beide Konfliktparteien durchringen, innerhalb einer Woche mit Verhandlungen über ein Übergangstatut für das Kosovo zu beginnen. Der NATO-Rat ermächtigte Generalsekretär Solana auch, notfalls Luftschläge gegen Jugoslawien anzuordnen, und verwies auf die nach wie vor gültige ACTORD.

Die Verhandlungen von Rambouillet und Paris

Damit war der Weg frei für die Verhandlungen auf Schloss Rambouillet bei Paris. Sie standen allerdings unter keinem guten Stern und lösten im Nachhinein ähnliche Debatten aus wie das "Massaker" in Racak. Der amerikanischen Diplomatie war es bereits im Vorfeld darauf angekommen, "möglichst viele ultimative Inhalte in die Konferenz einzubringen." Von Anfang an gab es daher eine "reichlich dick aufgetragene Tendenz zum Diktat", die sich beispielsweise in der verzögerten Übergabe von Arbeitsdokumenten und der "Einbestellung" der Jugoslawen äußerte (Joetze 2001, 57). Am 4. Februar willigte Milosevic nach der albanisch-kosovarischen Seite ein, Regierungsvertreter zur internationalen Kosovo-Konferenz zu entsenden. Allerdings nicht ohne den Hinweis auf den Widerspruch im Prozedere der Staatengemeinschaft, einen "friedlichen Verhandlungsprozess" mit militärischen Drohungen zu unterfüttern (ebd.).

Am 6. Februar startete die Konferenz mit einem straffen Terminplan, einem Papier mit zehn allgemeinen Grundprinzipien und einem bereits größtenteils ausformulierten "Interimsabkommen". Themen waren die künftige Autonomieverwaltung, Polizei und innere Sicherheit, die ersten freien Wahlen und ihre Überwachung, Wirtschaftsaufbau, eine internationale Kontrollbehörde,

⁶¹ Rwanda: How the Genocide Happened, *BBC Online* vom 07.06.2001, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/1288230.stm>

⁶² Srebrenica Timeline, *BBC Online* vom 20.02.2003,

<http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/675945.stm>

⁶³ So äußerte sich der ehemalige Brigadegeneral und OSZE-Mitarbeiter Heinz Loquai, zitiert nach: Franziska Augstein: Geleimt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.01.2001

geleitet von der OSZE, Minderheiten und Menschenrechte. Die serbische Delegation unterzeichnete die Grundelemente am 11. Februar unaufgefordert, während die Abgesandten der Kosovo-Albaner – darunter als frisch gekürter Sprecher der UÇK-Vertreter Thaci und mehr schon als Mitläufer auch Rugova – zunächst nichts unterschreiben wollten (vgl. Jurekovic 2000, 58). Auch von einer "internationalen Militärpräsenz" als zweitem Teil des Interimabkommens war die Rede. Einzelheiten gab Washington zur Beginn der Konferenz allerdings nicht bekannt. Der entsprechende Text sei "nicht fertig gewesen", schreibt der langjährige Diplomat Joetze (2001, 63). Das Eingangsdokument von Rambouillet habe einen "Platzhalter" dafür enthalten.

Inhaltlich zu diskutieren gab es in den ersten Verhandlungstagen somit wenig, da sowohl die albanische als auch die jugoslawische Delegation die Anlagen zur zivilen und militärischen Implementierung des Abkommens vor dem Einstieg in Sachgespräche prüfen wollten. Erst am 16. Februar unterbreitete der amerikanische Unterhändler Christopher Hill das Papier erstmals Milosevic in Belgrad; einen Tag später und damit eine knappe Woche vor den Verhandlungen wurde er auch im Schloss verteilt. Die serbische Seite musste den erst später berühmt und berüchtigt werdenden "Appendix B" mit den Rechten der geplanten Kosovo Force (KFOR) jedoch als Affront verstehen. Denn in den dort festgehaltenen Bestimmungen zum "Status der multinationalen militärischen Umsetzungskraft" war unter anderem nachzulesen, dass die Nato und ihr Personal "unter allen Umständen und zu jeder Zeit" in ganz Jugoslawien straf- und zivilrechtlich völlige Immunität genießen (Artikel 6a, b); dass sich "Nato-Personal (...) mitsamt Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstung" in ganz Jugoslawien völlig ungehindert bewegen kann (Artikel 8). Die Behörden Jugoslawiens sollten diese Bewegungsfreiheit "mit Priorität und mit allen angemessenen Mitteln" gewährleisten müssen. Der NATO wären dabei keine Kosten zu berechnen gewesen (Artikel 10)⁶⁴.

Die Medien wurden erst am 6. April 1999 auf das "Besatzungsstatut"⁶⁵ aufmerksam⁶⁶, nachdem die *taz* die Artikel sechs bis elf des militärischen Anhangs veröffentlicht hatte. Sie erregten Aufsehen und gerieten zum Hauptbestandteil der These von der "Rambouillet-Lüge", der zufolge die Verhandlungen im Schloss nur in Szene gesetzt wurden, um die Rechtfertigung für die Bombardierung Jugoslawiens zu erhalten (vgl. Joetze 2001, 82f). Wie Joetze betont, wurden die Beratungen über den Appendix B jedoch generell nach hinten

⁶⁴ Vgl. Michael Stötzel: Das Besatzungsstatut von Rambouillet, *WoZ Online* vom 15.04.1999, http://www.woz.ch/WoZHomepage/Kos_txt/kos_a15.html

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Das vollständige Interimsabkommen war laut Joetze (2001, 82) bereits seit dem 23.02.1999 im Internet abrufbar. Es findet sich archiviert beispielsweise unter:

http://www.state.gov/www/regions/eur/kosvo_rambouillet_text.html. Selbst sachlich berufene Abgeordnete wie die 1999 als grüne verteidigungspolitische Sprecherin fungierende Angelika Beer betonten jedoch nach wie vor, sie hätten den Vertragsentwurf bis Ende März 1999 nicht gekannt, er sei geheim gewesen (vgl. Ulrich Albrecht: Lehren aus dem Kosovo-Krieg, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/science/Albrecht.html>).

verschoben. Stattdessen verfolgten die Verhandler kurz vor dem Ende der Konferenz in Rambouillet "die Linie, in den letzten Stunden wenigstens den politischen Teil der Gesamtregelung [...] unter Dach und Fach zu bringen" (ebd., 75). Unverkennbar war aber auch, dass US-Außenministerin Albright hauptsächlich auf die albanische Unterschrift fixiert war. Denn das war die Bedingung für das Schaffen klarer Fronten zwischen den "guten" Albanern und den "bösen" Serben, die wiederum für die Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda rund um den Krieg erforderlich waren. Mehrfach sei Albright daher in die Sitzungen der Kosovo-Albaner gekommen und habe fast schon um die Zustimmung zu dem Vertrag gebettelt, wurde berichtet. Andernfalls könne die NATO den Albanern nicht beistehen, soll sie gesagt und vor der Tür der albanischen Delegation in Erwartung der Unterschrift 20 Minuten im Schlossflur gekauert haben (vgl. ebd.). Doch die Umworbenen konnten nur versichern, sich bei den Kommandeuren der UÇK im Feld für eine Billigung des Texts zu bemühen und ihn später zu unterschreiben. Rambouillet endete damit ergebnislos, da auch die Serben trotz anfänglicher Bereitschaft den allgemeinen Teil des Abkommens nicht unterzeichnen wollten. Damit hatten sie ihre "letzte Chance verspielt [...], das Kosovo-Problem friedlich zu regeln" (ebd., 77). Bei der zweiten Verhandlungsrunde in Paris lehnten die serbischen Verhandlungsführer schließlich das Gesamtpaket des Abkommens ab, während die albanische Delegation am 18. März zur Erleichterung Albrights unterschrieb. Westliche Unterhändler ließen daraufhin "niemanden darüber in Zweifel, dass von jetzt ab die Federführung an die Nato übergehen würde" (ebd., 80).

War Rambouillet nur ein Alibi für den Krieg? Die Verhandlungen mündeten jedenfalls in den langwierigen

Erzwingungskrieg der westlichen Welt gegen einen kleinen Staat, dessen Bevölkerung – Serben wie Albaner – dabei viel Leid erfuhr. Die Verantwortung für dieses Leid ist umstritten, ebenso wie die Verhandlungen von Rambouillet selbst. Mythen und Verschwörungstheorien knüpfen sich an sie (ebd., 83).

Dass es der einzige Zweck von Rambouillet war, wie es ein "enger Mitarbeiter" von Albright ausgedrückt haben soll, "den Krieg in Gang zu setzen mit den Europäern auf unserer Seite" (Daalder 2000, 89), streitet Joetze ab. Denn "wären die Serben auf das Thema der internationalen Garantietruppe eingegangen, so hätten die Verhandlungen eine schwer kontrollierbare Dynamik erhalten. Auch die Supermacht hätte dann den Abschluss nicht mehr verhindern können" (Joetze 2001, 84). Doch die serbische Führung hatte zu diesem Zeitpunkt wohl schon entschieden, den angedrohten Luftkrieg – von Bodentruppen hatten sich die NATO-Staaten ja längst verabschiedet – durchzustehen – "in der Hoffnung, daß die NATO ihn erfolglos abrechnen würde" (ebd., 85). Grund genug für diese Annahme gab es, denn die Anzeichen für eine nur kurze Bombardierungsphase waren überall greifbar: "Nicht nur

NATO-Generäle und hochrangige Vertreter der USA und der Alliierten erklärten dies. Auch die amerikanischen und britischen Luftschläge gegen den Irak im vorausgegangenen Dezember legten nahe, dass die Clinton-Administration selbst nicht das Risiko einer anhaltenden militärischen Unternehmung eingehen würde" (Daalder 2000, 95).

Die "Operation Hufeisen"

Insgesamt macht man es sich sicher zu leicht, für die Zuspitzung der Gewalt und die darauf reagierenden NATO-Angriffe nur "die Serben" zu beschuldigen, wie es etwa Naumann tut (2000, 24):

Die Starken, die Serben, haben die Kosovaren, im allgemeinen verächtlich Skipetari genannt, systematisch unterdrückt und Verbrechen an ihnen begangen, was diese in vielfach auch nicht gerade zimperlicher und nach unserem Rechtsverständnis unannehmbare Weise ihrerseits mit Verbrechen an Serben beantworteten. Milosevics einzige Antwort darauf war Eskalation unverhältnismäßige angewandter Gewalt und die Entschlossenheit, das UCK-Problem im Frühjahr 1999 militärisch zu lösen.

Damit ist der gedankliche Schritt zum so genannten Hufeisenplan nicht mehr weit, den der deutsche Verteidigungsminister Scharping als Konzept in den ersten Kriegstagen in die damals kochende Debatte um die Rechtmäßigkeit der NATO-Luftschläge einführte. Doch der Hufeisenplan ist genauso umstritten wie Racak und Rambouillet. Letztlich geht es dabei um die Frage, ob Milosevic die Vertreibung eines Großteils der Kosovo-Albaner von langer Hand vorbereitet hatte und das Einschreiten der NATO gegen die damit bewusst und generalstabsmäßig vorangetriebenen "ethnischen Säuberungen" unabdingbar und gerechtfertigt war. Scharping selbst erläutert seine Entdeckung des Hufeisenplans in seinem Kosovo-Tagebuch wie folgt:

Mich elektrisierte Ende März ein Hinweis darauf, dass das jugoslawische Vorgehen im Kosovo einem seit längerem feststehenden Operationsplan folgt. Ich erhielt am 5. April von (Außenminister) Joschka (Fischer) aus zuverlässigen Geheimdienstquellen ein Papier "Operation Hufeisen" – endlich war der Beweis für die systematische Vertreibung ab Herbst 1998 da⁶⁷.

In der Literatur finden sich zahlreiche direkte und indirekte Hinweise auf den angeblichen Geheimplan, wobei seine Existenz oft unhinterfragt als Faktum dargestellt wird. Naumann etwa schreibt von der "Deportationskampagne", die Milosevic im März/April 1999 "als vorgeplantes Mittel der Destabilisierung der Nachbarn umsetzte" (2000, 24). Feichtinger erklärt, dass sich "der Deckname 'Hufeisen' [...] vermutlich aus der Positionierung der Truppen an den Rändern zum Kosovo ab, wo entlang der Kommunikationsachsen die Verbän-

⁶⁷ Zitiert nach: Erich Follath: Der etwas andere Krieg, Kosovo (II), *Der Spiegel* 2/2000, 139f

de ihre Ausgangsstellung bezogen. Optisch betrachtet ergab sich die Form eines nach Südwesten offenen Bogens (oder Hufeisens), der sich von Montenegro im Nordwesten über Kraljevo im Norden bis Vranje im Südosten spannte" (2000, 111). Gustenau berichtet, dass Milosevic 1998 zunächst mit dem Schlagwort "only a village a day keeps NATO away" seine Vertreibungs- und Zerstörungspolitik eröffnete (vgl. 2000, 82). Bis kurz vor den Luftschlägen hätten die jugoslawischen Streit- und Sicherheitskräfte dann "praktisch ungehindert ihren Aufmarsch zur Auslösung einer großflächigen Säuberungsaktion namens 'Potkova' (Hufeisen) durchführen" können (ebd., 83).

Doch die von Scharping genannte "zuverlässige" Quelle des Hufeisenplans ist dubios, berichtete *Der Spiegel* Anfang 2000. Der Plan wurde der deutschen Regierung demnach "von Sofias Außenministerium zugespielt und stammt aus der Giftküche des bulgarischen Geheimdienstes"⁶⁸. Die Bulgaren hätten sich während des Kosovo-Kriegs insgesamt sehr um Nähe zur NATO bemüht, da sie rasch in das Bündnis aufgenommen werden wollten. Ob ein serbisches Dokument mit dem Titel "Hufeisen" tatsächlich jemals existierte, scheint zudem mehr als zweifelhaft. Dass es einen "fertigen Plan" gegeben habe, zitiert beispielsweise das *Hamburger Abendblatt* einen hohen Offizier des Verteidigungsministeriums entgegen der ursprünglichen Behauptungen seines Ministers, "haben wir nie behauptet". Letztendlich habe eine Analyse "gewisser Nachrichtendienste" vorgelegen, jedoch nie etwas "aus erster Hand"⁶⁹. Der Artikel des *Hamburger Abendblatts* verweist zudem auf einen unmittelbar vor dem Beginn der NATO-Luftangriffe erstellten Lagebericht von Nachrichtenspezialisten im Verteidigungsressort. Demnach habe es damals "keine Anzeichen für den Beginn einer Großoffensive gegen die UCK" gegeben. Dazu seien "Armee und Polizei auch noch nicht fähig"⁷⁰.

Diese Einschätzung wurde damals von Erkenntnissen anderer Ressorts gedeckt. So verweist Gregor Gysi, 1999 Bundestagsabgeordneter der PDS, in einem Brief an Milosevic während der Hochzeit des Kosovo-Kriegs auf Lageberichte des deutschen Auswärtigen Amtes und Urteile deutscher Verwaltungsgerichte zu Abschiebungen von Kosovo-Albanern aus Deutschland, die bis in den März 1999 hinein Vertreibungen und "ethnische Säuberungen" in Bezug auf die Kosovo-Albaner ausdrücklich bestritten hätten. "Die Kämpfe zwischen Ihrer Armee und Polizei gegen die UÇK und damit verbundene Fluchtursachen wurden bestätigt, aber ausdrücklich verneint, daß Kosovo-Albaner wegen der Zugehörigkeit zur 'albanischen Volksgruppe' verfolgt würden", schreibt Gysi weiter und verweist auf eine gewisse Doppelmoral im Umgang mit der Flüchtlingsproblematik:

⁶⁸ Ebd., 140

⁶⁹ zitiert nach: Franz-Josef Hutsch: Hufeisenplan – das Kriegsrätsel, *Hamburger Abendblatt* vom 21.03.2000

⁷⁰ ebd.

Mit dieser Begründung und gestützt auf die entsprechenden Lageberichte des Auswärtigen Amtes wurden von den deutschen Verwaltungsgerichten Abschiebungen nach Jugoslawien und speziell in den Kosovo bestätigt. Es ist zutreffend, daß die jetzigen Behauptungen der Bundesregierung, wonach die Verreibungen und "ethnischen Säuberungen" im Kosovo seit langem liefen, insbesondere seit Dezember 1998/Januar 1999, und während der Verhandlungen von Rambouillet, in krassem Widerspruch dazu stehen⁷¹.

Merkwürdig auch, dass der angebliche Plan unter dem Titel "Potkova" vom Verteidigungsministerium vorgestellt und so auch in der Literatur teilweise aufgeführt wurde (vgl. ebd., 83). Denn das ist das kroatische Wort für "Hufeisen"; serbisch müsste es "Potkovica" heißen⁷². Auf der Website der Bundeswehr waren entsprechende Informationen zur "Operation Hufeisen" trotzdem bis März 2000 abrufbar⁷³. Scharping verteidigte seine Referenz auf den Plan letztlich mit dem Argument, dass sich "im Nachhinein alle Einzelheiten verifizieren ließen". Milosevic sei genau nach dem Muster im Kosovo vorgegangen, das mit der "Operation Hufeisen" umrissen wurde⁷⁴. Joetze geht ebenfalls davon aus, dass hinter dem "serbischen Großangriff" und den Verreibungen unmittelbar vor und nach der Freigabe der Bombardierung Jugoslawiens durch Solana am 23. März "ein genauer Plan erkennbar" ist (2001, 127). Die örtlichen Kommandeure der Streitkräfte müssten Befehle gehabt haben, das Treiben der Sonderpolizei und der paramilitärischen Verbände zu dulden. Ein Fehler des Bonner Verteidigungsministeriums sei es aber gewesen, dass es in seinen Pressekonferenzen den Eindruck aufkommen ließ, das Originalpapier zu besitzen. Dies sei dem Westen "nie zugänglich gewesen" (ebd., 127f).

Krieg ohne Risiko

Letztlich drängt sich der Eindruck auf, dass es bis kurz vor Beginn des Krieges seitens der NATO gegen Jugoslawien Zuspitzungen und Provokationen gegen die Zivilbevölkerung bzw. gegen die Sicherheitskräfte durch beide Seiten gab. Dabei brach im Hintergrund "ein perverser Wettstreit um das Monopol der Opferrolle aus", wie so häufig, wenn es im 20. Jahrhundert um das Kosovo oder Jugoslawien insgesamt ging (Blagojevic, zitiert nach Terkessidis 2000, 123). Mehrere hunderttausend Kosovo-Albaner machten sich auf die Flucht aufgrund der bewaffneten Kämpfe zwischen der jugoslawischen Armee und Polizei einerseits und der UÇK andererseits und verhalten damit zwangsweise

⁷¹ UN-Friedenstruppe wäre Lösungsansatz. Brief von Gregor Gysi an Slobodan Milosevic, <http://www.members.partisan.net/kosovo/ko19099.html>

⁷² Vgl. Hutsch, a.a.O., sowie Loquai, Heinz: Scharpings Planspiel – Operation Hufeisen, *konkret* 5/2000, <http://www.friwe.at/jugoslawien/krieg/propag/hufeisen/loquai.htm>

⁷³ Eine Textdokumentation der entsprechenden Informationsseite, die auf dem Bundeswehr-Server inzwischen nicht mehr abrufbar ist, findet sich unter: <http://www.vcn.bc.ca/~dastow/horseshoe.txt>

⁷⁴ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (II), 140

der albanischen Seite zum Sieg im Kampf um das Mitleid der Weltöffentlichkeit. Aber bis zu dieser Zeit gab es offenkundig noch keine "ethnischen Säuberungen" oder systematischen Vertreibungen im Kosovo. Die setzten frühestens mit dem absehbaren Scheitern der Rambouillet-Konferenz ein. So wird die Lage im Kosovo direkt vor dem 23. März 1999 von der Mehrzahl der Beobachter als "humanitäres Desaster" beschrieben, da rund 300.000 Kosovo-Albaner damals bereits auf der Flucht und ihre Häuser häufig zerstört waren⁷⁵.

Streitig ist dagegen, ob die NATO-Luftschläge die richtige Strategie im Kampf gegen die humanitäre Notlage darstellten und ob diese nicht auf anderem Wege besser hätte verhindert oder beseitigt werden können. Die Kernthese in Loquais Buch (2000) über den Kosovo-Konflikt lautet, dass vor dem 23. März längst nicht alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft wurden und dass der Holbrooke-Milosevic-Pakt vom Oktober 1998 bei einer anderen Umsetzungsweise eine friedliche Lösung hätte bringen können. Die internationale Staatengemeinschaft hätte zudem auch die wirtschaftlichen Sanktionen noch enger schnüren und beispielsweise ein Ölembargo gegen Jugoslawien erlassen können⁷⁶. Das wäre zwar vermutlich nicht vom UN-Sicherheitsrat akzeptiert worden, hätte aber völkerrechtlich weniger Bedenken ausgelöst als die Bombardements der NATO. Diese waren "nach Meinung fast aller Völkerrechtler eindeutig völkerrechtswidrig" (Becker 2002a, 169) und werden bis heute kontrovers diskutiert oder gar als "Sündenfall" und "Schritt in die falsche Richtung" im Hinblick etwa auf den Irak-Krieg gesehen⁷⁷. Naumann hält dagegen, dass "an Versuchen, den Krieg zu verhindern, [...] jedenfalls kein Mangel" gewesen sei. "Niemand sollte der NATO oder NATO-Staaten vorwerfen, sie hätten nicht alles versucht, einen Waffengang zu vermeiden" (2000, 23).

Grobe Zweifel wurden zudem hinsichtlich "der Zweckmäßigkeit der Militärschläge" geäußert⁷⁸. "Es steht außer Frage, dass sich die ethnische Säuberung beschleunigte, als die Bombardierung startete", schreibt Ash⁷⁹. Vorgeworfen wird den entscheidenden Politikern und Militärs der NATO-Staaten dabei vor allem, dass sie keinerlei Opfer riskierten und den Einsatz von Bodentruppen bis kurz vor Kriegsende ausschlossen, aus sicherer, aber die Zielgenauigkeit verringernder Höhe von über 4500 Meter Bomben abfeuern ließen⁸⁰ und damit dem Bodenkrieg der Serben "den perfekten Schutz gaben" (Ignatieff 2000, 41). Die NATO meinte, einen moralischen Krieg zum Nulltarif führen zu können, so der Tenor der Kritik.

⁷⁵ Ash, a.a.O.

⁷⁶ Das Ölembargo wurde von der EU nach einer gemeinsamen Forderung der NATO im Rahmen des Jubiläumsgipfels in Washington Ende April 1999 dann doch noch verhängt, um die Treibstoffversorgung der serbischen Kräfte im Kosovo zu unterbinden (vgl. Jurekovic 2000, 64).

⁷⁷ Vgl. Roland Heine: Kosovo-Krieg als Sündenfall, *Berliner Zeitung* vom 24.10.03

⁷⁸ Habermas, a.a.O.

⁷⁹ Ash, a.a.O.

⁸⁰ Vgl. etwa Wolfgang Sofsky: Krieg und Illusion, *Die Zeit* 21 / 1999

Für die Waffenträger und ihre Befehlsgeber ist diese Art der "Kriegsführung" ein wohlfeiles Unternehmen. Die Verluste unter den "Kombattanten" sind gering. Raketen, Laserbomben und Marschflugkörper sind ideale Waffen für jede Gesellschaft, die an eine moralische Mission glaubt, dafür aber keinen hohen Preis entrichten will. Sie eignen sich zur Strafaktion und Demolierung der Infrastruktur, demonstrieren vermeintliche Entschlossenheit und nähren zugleich den moralischen Hochmut. Der Luftkrieg – ein heiliges Werk im Dienst der Zivilisation⁸¹.

Auch der NATO-Oberbefehlshaber Clark musste in einem Interview mit CNN zu Beginn der Angriffe aus Jugoslawien angesichts der grundsätzlichen Auswahl militärischer Mittel zugeben, dass der Angriff auf Bodentruppen der Serben zwar Teil der Strategie sei, damit deren gewalttätigen Vorgehen aber wohl kaum echte Hindernisse in den Weg zu legen seien. Man sei sich immer im Klaren darüber gewesen, "dass es keine Möglichkeit gab, die serbischen Paramilitärs zu stoppen, die in die Dörfer eindringen und Zivilisten ermorden" (Clark 2001, 208). Niemand sollte sagen, führt allerdings Naumann aus, "dieser Ansatz sei von Anfang an fehlerbehaftet gewesen." Es sei grundsätzlich "auch aus militärischer Sicht richtig", verteidigt der General den NATO-Ansatz, "den Weg zu wählen, der bei geringsten eigenen Verlusten den raschest möglichen Erfolg verspricht" (2000, 30f). Falsch gewesen sei es aber, Milosevic das Wissen an die Hand zu geben, dass er den Luftkrieg eventuell aussitzen und der Zusammenhalt der NATO an Fragen wie des Einsatzes von Bodentruppen brechen könne. Aus Naumanns Sicht ist es daher unabdingbar, "in künftigen Einsätzen einen regelrechten militärischen Täuschungsplan für die strategische Ebene zu erarbeiten, um beim Gegenspieler Ungewissheit über nächste Schritte zu erzeugen." Die NATO müsse mehr Verfahren entwickeln, "wie man auch im 'information war' die Initiative gewinnen und behalten kann" (ebd., 32f).

Ein "Gerechter Krieg"?

Die Rechtfertigungstheorie der Befürworter der NATO-Aktion und damit beispielsweise auch von Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt lässt sich auf das Kernargument zurückführen, dass der Kosovo-Krieg zwar nicht unbedingt legal nach den Maßstäben des Völkerrechts, aber doch zumindest legitim war angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen auf dem Balkan⁸². Konsequenterweise erfolgt bei dieser Art der Befürwortung von "humanitären Interventionen" der Rückgriff auf die christliche Lehre vom "Gerechten Krieg"⁸³. Sie wurde ursprünglich vom Kirchenlehrer Augustinus im 5. Jahrhundert am Ausgang der Antike entwickelt und während des Mit-

⁸¹ Ebd.

⁸² Vgl. zu dieser immer wieder bemühten Argumentation beispielsweise Heine, a.a.O.

⁸³ Vgl. für die Ausführungen zum Gerechten Krieg: Stadler 2000, 181f.

telalters unter anderem von Thomas von Aquin oder den Spätscholastikern Vitoria und Gentili weiter entfaltet. Sie kommt zu dem Schluss, dass ein Krieg gerechterweise geführt werden kann, wenn eine Reihe von Kriterien erfüllt sind. Das wichtigste dabei ist, dass ein bereits erfolgter Angriff auf den dann mit einer "gerechten" Kriegsführung Antwortenden objektiv rechtswidrig ist. Die Reaktion darf zudem nur mit geeigneten Mitteln erfolgen und nicht etwa in Rache ausarten. Sie müssen beispielsweise so gewählt werden, dass sie das Unrecht abwehren, aber nicht darüber hinausgehen.

Konkret auf den Kosovo-Krieg bezogen notiert Stadler, dass "ein Staat wohl das Recht auf Achtung seiner Souveränität verwirken kann durch ein menschenwürdeverachtendes Verhalten gegenüber seinen Gliedern, den Bürgern" (2000, 183). Der Gesamtstaat habe dafür zu sorgen, dass im Fall einer Entfremdung und Abspaltung einer Provinz bzw. eines Teils der Bürger diese nicht auf der Verletzung fundamentaler Menschenrechte beruhen. Prinzipiell sei andernfalls ein "Beugekrieg" zur Wiederherstellung der Achtung vor den transzendentalen Grundrechten in Erwägung zu ziehen (vgl. ebd., 185f). Auch die Prämisse, keine massiven eigenen Verluste in Kauf nehmen zu wollen, sei legitim – solange bei einer Intervention keine eigenen vitalen nationalen Interessen im Vordergrund stünden. Zumal, wenn die Intervention insgesamt der Wiederherstellung regionaler Stabilität diene. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass es sich um eine "Vorstufe zu einer Weltpolizeiaktion" handle, "die mangels entsprechender internationaler Institutionen – und mangels einer Republik von Staaten – bis heute jedenfalls noch nicht Platz greifen kann" (ebd., 189f).

Der Kosovo-Krieg entpuppt sich damit selbst gemäß der Theorie des "Gerechten Kriegs" – gerade im Hinblick auf das unilaterale Einschreiten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Irak 2003 – als bedenklicher Präzedenzfall. Politikwissenschaftler wie der Berliner Experte für die "neuen Kriege", Herfried Münkler (2002), lehnen das Konzept daher ab. Es führe direkt von den Neuscholastikern über die spanischen Welteroberer zu den Neokonservativen Amerikas⁸⁴ und gestatte letztlich nur Imperien, Krieg gegen unterlegte Gegner zu führen⁸⁵. Zudem verweisen die Gegner der Theorie des "Gerechten Kriegs" und der "humanitären Intervention" immer wieder darauf, dass die USA, die NATO oder die westliche Staatengemeinschaft dann auch in Tschetschenien, Zentralafrika, Palästina oder Tibet eingreifen müssten, wenn

⁸⁴ Für eine Auseinandersetzung mit neokonservativen Tendenzen und dem Begriff Neokonservatismus in den USA und in der US-Regierung s. u.a. Stephen Fidler und Gerard Baker: America's Democratic Imperialists: How the Neo-Conservatives Rose from Humility to Empire in Two Years, *Financial Times* vom 06.03.2003 oder Herbert Hasenbein: Die Machtergreifung der Neocons in Washington, *Telepolis* vom 13.08.2003, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15425/1.html>

⁸⁵ So Münkler im "Streitraum" der Berliner Schaubühne am 19.10.2003, s. dazu: Stefan Krempf: Der Krieg in der postheroischen Gesellschaft, *Telepolis* vom 21.10.2003, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/konf/15907/1.html>

sie es damit tatsächlich ernst meinen⁸⁶. Aus bundesrepublikanischer Sicht ist zudem noch anzufügen, dass beim Kosovo-Krieg aufgrund der deutschen Geschichte besonders auf Rechtsklarheit zu bestehen gewesen wäre. Denn das Grundgesetz sieht eine Beteiligung an Militäroperation wie der im Kosovo nicht vor, und der UN-Sicherheitsrat hatte kein offizielles Mandat dafür erteilt. In dieser Hinsicht hatte die frisch gewählte rot-grüne Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag im Herbst 1998 selbst noch festgehalten, dass "die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit [...] an die Beachtung des Völkerrechts" gebunden sei. Man werde "sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu wahren"⁸⁷.

Die eigentlichen Kriegswochen

Der US-Unterhändler Holbrooke startete am 22. März einen letzten Vermittlungsversuch bei Milosevic, wurde von diesem aber gar nicht mehr empfangen. Nun stand die Glaubwürdigkeit der NATO und ihrer ACTORD endgültig auf dem Spiel (vgl. Clark 2001, 161/171) und es gab kein Zurück mehr. Nach dem Scheitern erhielt der NATO-Oberkommandierende Clark das "Go" vom Pentagon; am 23. März gab NATO-Generalsekretär Solana dann den Einsatzbefehl für Luftangriffe auf jugoslawische Stellungen. Es war der Startschuss für eine "synchronisierte Attacke", erinnert sich Clark.

Wir standen im Begriff, das jugoslawische Militär blind zu machen, indem wir ihre Radargeräte auslöschten und sie lahm legen würden durch die Zerstörung ihrer Luftabwehraketensysteme. Dann wollten wir mit der bemannten Luftwaffe hereinrauschen. Die Führung würden dabei die am wenigsten verwundbaren Vögel, die Stealth-Bomber, übernehmen, die nicht so einfach durch Radar entdeckt werden könnten. Und wir würden auch einige reguläre Kampfflugzeuge und Kampfbomber dabei haben (2001, 193).

Dementsprechend begann die fast drei Monate lang dauernde NATO-Operation *Allied Force* am Abend des 24. März mit Raketen- und Bomberangriffen auf das jugoslawische Luftverteidigungssystem. "In der Folge wurden auch Versorgungseinrichtungen und Versorgungswege der Jugoslawischen Streitkräfte und serbischen Sonderpolizei, die jugoslawischen Truppen selbst sowie strategisch wichtige Infrastruktureinrichtungen in ganz Jugoslawien und im Kosovo zu Zielen der NATO-Luftoperation", wie es von Militärbeobachtern heißt (Jurekovic 2000, 61). Alle 19 Mitgliedsstaaten des Bündnisses trugen den Einsatz mit. Selbst Griechenland und Italien, die schon allein aufgrund der räumlichen Nähe besondere Bedenken und auch allgemein enge Kontakte mit Jugoslawien hatten, sprachen sich für diese

⁸⁶ Vgl. Krempf, ebd.

⁸⁷ Vgl. zu den deutschen Besonderheiten: Albrecht: Lehren aus dem Kosovo-Krieg, a.a.O.

Entscheidung aus. Allerdings mit teilweisen Einschränkungen bei den eigentlichen Kampfhandlungen. Die noch jungen NATO-Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn beteiligten sich nicht aktiv mit eigenen Flugzeugen, stellten ihre Basen aber zur Verfügung und gewährten sowie koordinierten Überflugrechte (vgl. Feichtinger 2000, 118).

Bundeskanzler Gerhard Schröder wandte sich am 24. März abends beim Abheben der ersten Bomber in einer Fernsehserklärung an die Nation. "Er sprach kurz und ohne Pathos", konstatiert Joetze und "vermied die üblichen Beschönigungen, die die Operationen als klinischen Eingriff erschienen ließen" (2001, 90). Das stimmt nicht ganz, denn Schröder behauptete wörtlich, dass es sich bei dem "Kampfeinsatz" zur Rettung von Frieden und Freiheit "nur eine Flugstunde von uns entfernt" nicht um einen "Krieg" handle⁸⁸. Clinton sparte in seiner TV-Ansprache am selben Tag auch nicht mit positiv besetzten Schlüsselbegriffen und begründete den Einsatz militärischer Gewalt unter anderem mit dem Argument, dass "unsere Kinder ein friedliches, stabiles, freies Europa verdienen und brauchen" (zitiert nach: ebd.). Außerdem drohe ein noch grausamerer und teurerer Krieg, wenn man nicht jetzt einschreiten würde.

Die Operation sollte nach NATO-Angaben in fünf Phasen erfolgen. Der Beginn war mit dem 24. März schon größtenteils vollendet, umfasste Phase 0 doch die reine Aktivierung der Kampfmittel und die Feindaufklärung. Phase I sah hauptsächlich die Ausschaltung des jugoslawischen Luftverteidigungssystems vor, um in der nächsten Periode Angriffe auf Einrichtungen und Verbände der Streitkräfte Milosevic südlich des 44. Breitengrads, also noch nicht in und um Belgrad, weitgehend risikofrei zu erlauben. In Phase III sollte die Ausdehnung der Attacken auf ganz Jugoslawien markieren. Die abschließende Periode umriss den NATO-Plänen zufolge auf die Rückverlegung der beteiligten Kräfte (vgl. Feichtinger 2000, 119). Die Luftangriffe sollten dabei "unerbittlich sein und sich nach und nach verstärken" sowie "den konstanten Trommelschlag der NATO" bilden, schreibt Clark metaphorisch in seinen Kriegsmemoiren. "Doch wenn die Luftschläge den Grundrhythmus darstellen sollten, dann würde die Melodie mehrere Variationen haben und reiner Hardrock sein" (2001, 184).

Grundsätzliches militärpolitisches Ziel des Luftkriegs, der von Clark im Nachhinein mit Elementen der Popkultur versehen wurde, stellte "die Beendigung der exzessiven und unangemessenen Gewaltanwendung der serbischen Sicherheitskräfte gegen die albanische Zivilbevölkerung im Kosovo" dar. Gleichzeitig sollte mit der "Schwächung des militärischen Komplexes" Jugoslawiens auch die jugoslawische und serbische Führung unter Milosevic entscheidend gehemmt und desavouiert werden. Denn die USA und die EU sahen sie "als Haupthindernis für eine Stabilisierung der Balkanregion" an

⁸⁸ Vgl. Dichtung und Wahrheit, konkret 5/2000, <http://www.friwe.at/jugoslawien/krieg/propag/dichtung.htm>

(Jurekovic 2000, 61). Erreicht werden sollten die Ziele jedoch nicht um jeden Preis – sprich: ohne eigene, zusätzlichen Rechtfertigungsdruck vor den demokratischen Öffentlichkeiten bringende Verluste. Clark gab daher zu Beginn der Luftschläge "drei Gütefaktoren für die Operation" aus. So sollte ihr Erfolg erstens daran gemessen werden, ob Flugzeuge verloren gehen würden. Erst an zweiter Stelle stand der "moralische und legale Imperativ", die Aktivitäten der jugoslawischen Kräfte auf dem Boden möglichst rasch und effektiv zu unterbinden. Und drittens sollten die eigenen Bodentruppen in Mazedonien und Bosnien vor möglichen Racheattacken geschützt werden (vgl. Clark 2001, 183).

Die Ziele und Gütekriterien waren jedoch nicht in jedem Fall miteinander kompatibel, sodass sich erste echte Erfolge der Operation lange Zeit hinauszögerten. Trotz aller NATO-Ankündigungen existierte die Bedrohung durch serbische Fliegerabwehrsysteme "bis zuletzt" und

behinderte häufig die Bekämpfung der aktiv im Kosovo vorgehenden Truppen der Polizei und des Militärs. Immer wieder mußten die Zielplanungen adaptiert und Ersatzziele angegriffen werden, des öfteren kehrten Flugzeuge mit voller Waffenlast zu ihren Basen zurück. Nur in Ausnahmefällen wurde die Flughöhe von 4.700 m unterschritten, um der Gefahr eines Abschusses durch Fliegerabwehrraketen kurzer Reichweite (4000 m) zu entgehen. Aus Sicherheitsgründen mußten wiederholt nicht abgefeuerte Raketen von den Piloten in fünf definierten Zonen im Mittelmeer versenkt werden, um die Gefährdung auf Luftwaffenbasen und Flugzeugträgern zu minimieren (Feichtinger 2000, 120).

Viel schneller als geplant, gab der NATO-Rat schon Ende März Phase II und bald darauf auch Phase III frei. Von da an konzentrierten sich die Bomber auf die gesamte militärische Infrastruktur und Streitkräfte Jugoslawiens (vgl. Joetze 2001, 93). "Mit diesem Schritt begruben die Nato-Planer endgültig die Hoffnung, daß schon Luftschläge gegen seine Flugabwehr Milosevic an den Verhandlungstisch zurückbringen würden" (ebd.). Dass es nichts würde mit dem "Blitzkrieg", mussten sie bereits in der Nacht vom 27. auf den 28. März 1999 verstanden haben. Da gelang es der serbischen Abwehr, just einen der "unsichtbaren" Tarnkappen-Jagdbomber der USA vom Himmel zu holen. Ein beachtlicher Propagandaerfolg Milosevic', da Bilder von jubelnden Serben auf einem Flügel des "Stealth"-Flugzeugs von Nachrichtenagenturen um die ganze Welt geschickt werden⁸⁹. Einige Tage später können die Serben drei GIs an der Grenze zu Mazedonien gefangen nehmen und die USA in helle Aufregung versetzen. Gleichzeitig intensivieren sie die Vertreibungen weiter (vgl. ebd.).

Fehltreffer und umstrittene Ziele

Die Prämissen der NATO und der Bombenhagel aus großer Höhe sind mit daran schuld, dass nach Einleitung der Hochphasen der Operation immer

⁸⁹ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (II), 138f

wieder Geschosse daneben gehen und Opfer unter der Zivilbevölkerung verursachen. Die Serie der Aufsehen erregenden Irrtümer beginnt am 5. April, dem westlichen Ostermontag, mit einem fehlgeleiteten Bombenabwurf auf ein Wohngebiet in Aleksinac. 17 Menschen sterben in den Trümmern ihrer Häuser. Am 12. April greift ein zweisitziger NATO-Jagdflieger eine Eisenbahnbrücke über die Grdelicka-Schlucht⁹⁰ an – just in dem Moment, als sie ein Personenzug überqueren will. Mindestens 14 Menschen kommen zu Tode⁹¹. Zwei Tage später passiert der "blutigste Zielirrtum der Operation" (ebd., 122), als am 14. April NATO-Piloten einen albanischen Flüchtlingstreck in der Nähe von Djakovica nahe der Grenze zu Albanien mit einem serbischen Militärkonvoi verwechseln. Bilanz: über 70 Tote⁹². Es folgen unter anderem der Beschuss eines serbischen Autobusses bei Luzane im Kosovo am 1. Mai, bei dem nach Agenturangaben mindestens 40 Menschen sterben⁹³. Am 13. Mai fordert ein Luftangriff der NATO auf das Dorf Korisa im Kosovo schließlich gar 150 Tote und Verletzte, darunter fast ausschließlich albanische Zivilisten. NATO-Sprecher beharren allerdings darauf, ein legitimes, also militärisches Ziel angegriffen zu haben. Die Albaner seien von den Serben als "lebende Schutz-schilder" missbraucht worden⁹⁴. Dagegen berichtete der Londoner *Independent* über einen Korrespondenten vor Ort, dass es keine wirklichen Anzeichen für eine militärische Präsenz in Korisa gegeben habe. Nur eine kleine Gruppe Soldaten sei in der Nachbarschaft des Treffers in Privathäusern untergebracht gewesen (vgl. ebd.).

Der NATO gehen zudem rasch die Ziele aus, die von den Planern als wenig bedenklich hinsichtlich der ins Gerede kommenden "Kollateralschäden" eingestuft wurden. So nehmen die Strategen beispielsweise zwischen dem 13. und dem 20. April das Industriegebiet der in der Nähe Ungarns gelegenen Stadt Pancevo unter Dauerbeschuss mit *Cruise Missiles* und Fliegerbomben. Im Visier haben sie vor allem die große Ölraffinerie, aber auch die Chemiefabriken. Eine Umweltkatastrophe ist die Folge, die auch Jahre nach dem Krieg noch zahlreiche Opfer durch erhöhte Krebserkrankungen fordert⁹⁵. Deutlich stärker umstritten war jedoch die Bombardierung der Sendezentrale des serbischen Staatsfernsehen *Radio Televizija Srbija* (RTS) am frühen Morgen des 23. Aprils. Bei dem Angriff auf das Hochhaus mitten in der Belgrader Innenstadt starben 16 Angestellte des Senders, drei wurden schwer und 13 leicht verletzt⁹⁶. Das Staatsfernsehen lag den NATO-Mächten seit langem im Magen, da es ungezüg-

⁹⁰ In der Literatur und vor allem in der Tagespresse findet sich die Schreibweise "Grdelica".

⁹¹ Vgl. ebd., 140

⁹² Vgl. ebd.

⁹³ Vgl. <http://www.srpska-mreza.com/library/facts/bombed-bus.html>

⁹⁴ Vgl. Der Propagandakrieg um Korisa, *Neue Zürcher Zeitung* vom 22.05.1999,

<http://www.nzz.ch/dossiers/kosovo/kos990522awy.html>

⁹⁵ Vgl. Boris Kanzleiter: "Komisches Gefühl". Drei Jahre nach den NATO-Bomben beginnt in Pancevo das langsame Sterben, *ak – analyse und kritik* vom 21.06.2002, <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/NATO-Krieg/pancevo.html>

⁹⁶ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (II), 142

gelt Milosevics Propaganda übertrug und immer wieder Bilder zeigte, die dem Westen nicht gelegen kamen. Es galt daher als wichtigstes Rad der Propagandamaschine, mit der die serbische Bevölkerung desinformiert wurde⁹⁷.

Doch ist ein Sender, der letztlich auch die generelle Meinungsfreiheit der Medien vertritt, wirklich ein legitimes militärisches Ziel? "Internationale Menschenrechtsgruppen und Journalistenverbände leugnen nicht die einseitige Ausrichtung von RTS, sehen aber in dem Angriff dennoch einen Sündenfall und protestieren scharf. Vor allem der Tod der Kollegen empört"⁹⁸. Zumal die auch die Sendeanlagen mitnutzenden westlichen Journalisten – etwa von CNN – eine Warnung vor der NATO erhalten und rechtzeitig aus dem Gebäude abgezogen werden können (vgl. ICTY 2000). Ein Komitee des Haager Tribunals kommt in seinem am 12. Juni 2000 veröffentlichten Report über mögliche Kriegsverbrechen der NATO während des Kosovo-Kriegs jedoch zu dem Ergebnis, dass die Attacke "legal akzeptabel" war⁹⁹. Und zwar, weil die NATO auf dem Gebäude eine "große multi-funktionale Satellitenschüssel" ausgemacht hatte, die als Teil der allgemeinen Kommando- und Kommunikationsstruktur Milosevics angesehen werden konnte. Wäre es der NATO nur darum gegangen, die serbische Propaganda auszuschalten, wäre die "legale Basis" für den Angriff "stärker diskussionswürdig" gewesen (ebd.).

Detaillierte Untersuchungen hielt das UN-Komitee auch im Fall der Bombardierung der Chinesischen Botschaft in Belgrad kurz vor Mitternacht am 7. Mai 1999 nicht angebracht. Dem Angriff, der von sieben "smarten" Lenkbomben besiegelt wird, fallen drei chinesische Journalisten zum Opfer. Mehr als ein Dutzend Botschaftsmitarbeiter werden schwer verletzt (ebd.). Ein Fauxpas sondergleichen, der die diplomatischen Friedensbemühungen zurückwirft und den Volkszorn in China gegen die amerikanischen "Aggressoren" schürt. Denn es war ein B-2-Bomber der *US Air Force* – und damit eines der teuren Image-Flugzeuge der Vereinten Staaten, die von ihrer Basis in Missouri aus den Weg zum Balkan antreten und ausländischen Boden überhaupt nicht berühren –, der die tödliche Last abwarf. Clinton bedauert den "tragischen Vorfall"; schuldig bekennt sich nach kurzer Zeit die *CIA*. Die hatte nach eigenem Bekunden bei dem einzigen Angriffsziel aus ihrer Liste eine große Waffenhandelsfirma im Visier. Bei der Bestimmung des Gebäudes sei eine "fehlerhafte Technik", so *CIA*-Chef George Tenet, zum Zuge gekommen. So sei die Adresse der Waffenschieber aus Versehen und aufgrund der Arbeit mit veralteten Stadtplänen mit dem Neubau der Botschaft verknüpft worden¹⁰⁰. Die offizielle Version schien von Anfang an wenig befriedigend. Denn nach Angaben von NATO-

⁹⁷ Vgl. ebd.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Menschenrechtsgruppen werfen den Autoren des Reports allerdings "Parteilichkeit" vor, s. http://www.campeace.org/Campaigns/del_Ponte_01.htm bzw. Avner Gidron und Cluadio Corndone: Die Nato und das Völkerrecht, *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe aus der *taz*) vom 14.07.2000

¹⁰⁰ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (III), 157

Zielplanern im italienischen Aviano war die chinesische Botschaft auf den Karten der Allianz genau verzeichnet und als Sperrzone ausgewiesen¹⁰¹. Im Oktober 1999 enthüllte der britische *Observer* dann konkrete Hinweise darauf, dass die Amerikaner die Botschaft bewusst bombardierten. Die Chinesen hatten demnach einen Sender in ihrem Gebäude installiert, welcher der serbischen Führung die Kommunikation mit den Truppen im Kosovo ermöglicht habe¹⁰². Damit erscheint auch dem *Spiegel* die zielgerichtete Zerstörung der Botschaft plausibel: "Peking hatte sich demnach zur Kriegspartei gemacht: aus Ärger über die Nato, aus Konkurrenzdenken gegenüber den passiven Russen, aus Interesse an Hightechwaffen"¹⁰³. Wohlweislich nehmen chinesische Diplomaten jedoch keine Stellung zu einer möglichen Verwicklung in den Krieg. Und die USA zahlten für den verheerenden "Fehlterfer" eine stolze Summe: 28 Millionen US-Dollar überwies die Clinton-Regierung an Peking und 4,5 Millionen an die Familien der Toten und Verletzten (ebd.).

Vorgehalten wurde der NATO auch, dass sie mit zunehmender Dauer des Kriegs verstärkt Geschosse mit abgereichertem Uran sowie die gerade auch für die Zivilbevölkerung gefährlichen Streubomben einsetzte. Diese verteilen zahlreiche kleinere Explosionskörper über einer größeren Fläche. Da beide Waffengattungen jedoch nicht prinzipiell von internationalen Abkommen gebannt werden, sah auch hier das Uno-Untersuchungskomitee keinen Grund für ein gerichtliches Vorgehen gegen NATO-Angehörige¹⁰⁴. Schließlich seien die umstrittenen Bombenarten nicht bewusst auf die Zivilbevölkerung abgefeuert worden, wie dies bei dem – daher auch verurteilten – Einsatz der so genannten "Orkan-Raketen" durch serbische Kräfte beim Beschuss von Zagreb wenige Jahre zuvor noch der Fall gewesen sei (ebd.).

Propaganda und Presse-Briefings

Parallel zu den (Miss-) Erfolgen der NATO entfaltete sich ein handfester Medien- und Propagandakrieg (vgl. Goff 1999), der auch das Internet mit einschloss. Ich werde später noch genauer darauf eingehen. Hier nur ein kurzer Abriss: Dass die serbische Seite eine groß angelegte Kampagne fuhr und beispielsweise einerseits das staatliche Fernsehen nutzte, um sich ins rechte Licht zu rücken und Bilder von Bombenopfern zu verbreiten, und andererseits die ausländischen Medien zensierte, war für viele Beobachter nichts Überraschendes (vgl. etwa Wayne 2000, 11ff). Von einem "Diktator" erwartet man ja nicht viel anderes. "Vom ersten Moment des Krieges an", schreibt dementsprechend *Der Spiegel*, "lügt Milosevic in Belgrad, dass sich der Balkan biegt. Dabei

¹⁰¹ Vgl. ebd.

¹⁰² John Sweeney et al.: Nato Bombed Chinese Deliberately, *The Observer* vom 17.10.1999, <http://www.nettime.org/Lists-Archives/nettime-l-9910/msg00093.html>

¹⁰³ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (III), 158

¹⁰⁴ Das Komitee des Tribunals kam insgesamt zu der Schlussfolgerung, dass "auf der Basis der verfügbaren Informationen" generell keine tiefere Untersuchung der Bombenkampagne der NATO empfehlenswert sei.

bedient er sich der elektronischen Medien, die er vollständig kontrolliert; die gedruckte Presse interessiert ihn weniger; setzt Falschmeldungen vom Abschuss deutscher 'Tornado'-Maschinen in die Welt und fabuliert von desertierenden US- und Bundeswehr-Soldaten"¹⁰⁵.

Die serbische Bevölkerung nahm die NATO-Luftschläge generell – unterstützt von den staatlichen Medien – als "faschistische Agression" der USA und ihrer Verbündeten wahr. Die Angriffe waren in ihren Augen darauf aus, Serbien zu demütigen und die Republik Jugoslawien endgültig zu zerstören (vgl. Jurekovic, 62). "Die eigentlichen Ziele der NATO-Luftangriffe [...] wurden von der Bevölkerung ignoriert bzw. teilweise wegen der manipulativen serbischen Medienberichterstattung und Medienzensur auch nicht anerkannt" (ebd.). So kam es zu Protesten gegen Milosevic nur in zwei südserbischen Städten, die besonders viele Soldaten stellen mussten (vgl. ebd.), während in der Hauptstadt Belgrad und im Provinzzentrum Novi Sad Rockkonzerte und das Aufmalen von "Target"-Schildern den Durchhaltewillen der Bevölkerung symbolisieren sollten.

Gleichzeitig greifen aber auch führende Demokraten und Militärs der NATO-Staaten zu teils fragwürdigen Mitteln, um Erfolge – wenn schon nicht im Kosovo, so doch zumindest an der Medienfront – zu erzielen. Schließlich konnte die gesamte Schlacht nicht nur auf dem Amselfeld, sondern in den westlichen Mediendemokratien auch in den "Schützengraben der öffentlichen Meinung" gewonnen oder verloren werden (Goff 1999, 13). Von der Dämonisierung Milosevics und "der Serben", von den Nazi-Vergleichen und dem "Hochhalten" von nicht nachweisbaren Papieren wie dem "Hufeisenplan" durch Regierungsmitglieder wie Fischer und Scharping war bereits die Rede. Darüber hinaus führte aber auch die NATO als Institution "eine aggressive Informationspolitik, indem sie Gerüchte servierte, wild übertrieb sowie falsche und spekulative Geschichten tröpfchenweise verbreitete" (ebd., 14). Die täglichen Presse-Briefings der NATO "waren besprengt mit Lügen oder inkorrekten Informationen". Die Korrespondenten, die den Auftrag hatten, darüber zu berichten, "hatten ein wachsendes Gefühl von Verzweiflung und Irritation, dass die Veranstaltungen primär Plattformen zur Verbreitung von Sound-Häppchen und NATO-Propaganda waren, die darauf abzielten, das Bündnis zusammenzuhalten. Rhetorik war King, so wurde es empfunden, und die Fakten standen dazu nur in einer schwachen Verbindung."

Bemängelt wird allgemein, dass die NATO die Presse nur langsam und unvollständig informierte, wobei die Militärsprecher oft Nebelkerzen warfen wie etwa nach dem Beschuss der Flüchtlinge bei Djakovica, unhaltbare Theorien über serbische Schandtaten entwickelten und sich eines vagen Sprüche-Standardrepertoires bedienten¹⁰⁶:

¹⁰⁵ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (II), 138

¹⁰⁶ Vgl. ebd., 140

Shea und seine Mitstreiter überbieten sich an Inkompetenz. Der italienische General Giuseppe Marani, dessen Englisch kaum für eine Taxifahrt durch New Yorks Little Italy ausreicht, tut sich besonders unrühmlich hervor. Auf die Frage eines jugoslawischen Journalisten nach den Giftwolken über Belgrad durch die Bomben auf Industrieanlagen findet Marani die denkwürdige Antwort: "Krieg ist niemals gesund."¹⁰⁷

Dem zivilen NATO-Sprecher Shea wird daher im April ein *Media Operation Centre (MOC)* vorgebaut. In ihm arbeiten "kaltschnäuzige PR-Profis" bzw. "Spin Doctors" wie Blairs langjähriger Presse-Frontmann Alastair Campbell. Aus dem "War Room" des MOC werden fortan morgens "die – durchweg positiven – 'Botschaften des Tages' vorbereitet" und an die Pressestellen der NATO-Regierungen gefaxt. So werden "Medienfiktionen" erschaffen (Lampe 2002) und der NATO passende "Medienrealitäten" kreiert¹⁰⁸.

Der Druck auf Milosevic wächst

Hinter den Kulissen werden auch die diplomatischen Bemühungen intensiviert, um Milosevic zum Rückzug seiner Truppen aus dem Kosovo zu bewegen. Besonders schwierig erweist sich dabei, die Russen einzubinden und ihnen – sowie damit letztlich auch Milosevic – bei der zu findenden Friedenslösung einen Gesichtsverlust zu ersparen. Russland spielte zwar seine Trumpfkarte – die Lieferung moderner Luftverteidigungswaffen an Jugoslawien – nie aus. Doch dafür war das rhetorische Säbelrasseln in Moskau umso größer. Der russische Präsident Boris Jelzin beschwor im Fernsehen gar einen "Dritten Weltkrieg", was nach Ansicht von Beobachtern im Diplomatenumfeld mehr war als eine leere Drohung (vgl. Joetze 2000, 96). Nachdem Russland im UN-Sicherheitsrat mit einem Antrag zur sofortigen Anordnung des Endes der Luftschläge zu Kriegsbeginn gescheitert war, zielten die Moskauer Politiker zudem darauf ab, Deutschland aus der westlichen Linie herauszulösen. Um entsprechende Hoffnungen erst gar nicht aufkommen zu lassen, rieten die engsten Berater dem Kanzler, fünf Punkte als Mindestanforderungen an einen Stopp der westlichen Bombardierung zu knüpfen: "Waffenstillstand, Rückzug aller Militär-, Polizei-, und Sonderverbände, Zulassung humanitärer Hilfe und Bereitschaft zur Verhandlungslösung" auf der Grundlage des Abkommens von Rambouillet (ebd., 97).

Genau diese Kernforderungen beschlossen die Außenminister der EU am 8. April in Luxemburg. Sie garierten zum Hauptbestandteil eines grundlegenden Strategiepapiers, das Joschka Fischer Mitte April ausarbeitete. Der nach ihm benannte "Fischer-Plan" sah zudem vor, dass eine künftige Friedenstruppe im Kosovo mit einem "robusten Mandat" ausgestattet sein müsse, also auch

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Elvi Claßen: Medienrealität im Kosovo-Krieg, *Telepolis* vom 30.10.1999, <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/info/6508/1.html>

Kampfverbände zu umfassen habe. Ferner erweiterte der deutsche Außenminister, dem mit seinen diplomatischen Bemühungen auch an der Rückgewinnung der grünen Partei- und Wählerbasis gelegen war, die fünf Punkte um einen genauen Zeitplan für den Abzug der jugoslawischen Verbände aus der umkämpften Provinz (vgl. Jurekovic 2000, 63). Die ergänzten "Fünf Punkte" bildeten fortan "das Rückgrat des politischen Prozesses". "Mit ihnen hatte, im Jargon der Konferenzdiplomatie gesprochen, das Bündnis eine 'bottom line': Weniger zu fordern verstieß gegen die Solidarität, wer mehr forderte, galt als Hardliner (Joetze 2001, 103). Der Plan fand Mitte April prinzipiell auch die Befürwortung weiter Teile des Uno-Sicherheitsrates und des Uno-Generalsekretär Kofi Annan, sodass auch die Völkergemeinschaft wieder mit im diplomatischen Boot saß (vgl. Jurekovic 2000, 63).

Nun galt es "nur" noch, Russland in die westliche Front zu integrieren und Milosevic davon zu überzeugen, dass ihm keine andere Wahl übrig bleibe, als den Forderungen zuzustimmen. So wurden einerseits nach dem NATO-Gipfel in Washington Ende April die Luftangriffe, aber andererseits auch die diplomatischen Lösungsansätze ständig verstärkt. Die Aufrechterhaltung und Intensivierung der Bombenkulisse sollte zeigen, dass man es ernst meinte und nur die prinzipielle Zustimmung zum Friedensfahrplan wirklich Ruhe bringen würde (vgl. Joetze 2001, 112). Unterstützt wurde die Strategie mit einem Auftrag an Clark, nun doch noch den Einsatz von Bodentruppen konkret zu überprüfen. 24 *Apache*-Hubschrauber hat der NATO-Oberbefehlshaber inzwischen auch in der Hinterhand. Sie sind in Albanien stationiert und tragen Panzerabwehrraketen. Ihr Einsatz verzögert sich zwar ständig, doch da die NATO "nicht verlieren konnte" und durfte (ebd., 131), stellt sich in Washington die dringende Frage nach einer Bodeninvasion. Zudem erhält Clark am 6. Mai 176 neue amerikanische Flugzeuge für seine Einsätze. Damit werden in den nächsten drei Wochen täglich theoretisch 300 Feindflüge möglich – Ende März waren es nur 50. Die Rate wurde permanent weiter erhöht: Ende Mai verfügte Clark über 1100 Flugzeuge, die bis zu 500 Angriffsflüge täglich abspulen konnten. Im Visier hatten sie dabei kaum noch die jugoslawischen Einheiten im Kosovo als vielmehr die Strom- und Wasserversorgung der großen serbischen Städte, sodass auch in Hospitälern die Lichter und Apparate ausgingen, sowie insgesamt die "Nervenzentren" des Regimes (vgl. ebd., 130). Die Kriegsführung der NATO war damit letztlich am effektivsten, als sie sich mehr oder weniger offen gegen die zivilen Infrastrukturen richtete und überaus problematische Ziele unter Beschuss nahm. Eine Erkenntnis dieses Luftkriegs war, dass "sich trotz hoher Treffgenauigkeit Kollateralschäden nicht vermeiden ließen" und "erst dann eine Wirkung erzielen, wenn sie schweren Schaden verursachen und lange genug andauern" (Gustenau 2000, 86). Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie, lief die Operation *Allied Force* doch unter dem Aufhänger der "humanitären Intervention" (vgl. a. Ignatieff 2000, 108).

Jelzin wurde der Krieg im einstigen sozialistischen Bruderland mit der Dauer zur Last. Er erkannte, dass die westliche Front nicht so leicht bröckeln würde und wollte das Problem "endlich vom Hals haben"¹⁰⁹. Schon am 14. April hatte er den über gute Beziehungen zur US-Regierung verfügenden Viktor Tschernomyrdin statt seines Premiers Jewgeni Primakow zum Sonderbeauftragten für Jugoslawien ernannt und damit einen Richtungswechsel eingeleitet. Ihm wurde eine Vermittlerrolle auf den Leib geschneidert und als Überbringer der harten Linie des Westens der finnische Ministerpräsident Marti Ahtisaari zur Seite gestellt, der aus einem neutralen Land kam und ranggleich mit Milosevic war. Der Finne hatte zwar zunächst kein Mandat. Doch Schröder kam auf die Idee, ihn als offiziellen Vertreter der Europäischen Union auszugeben. Dritter im Bunde des neuen Verhandlungsteams war Strobe Talbott, einer der besten Kenner der Russlandpolitik aus amerikanischen Diplomatenkreisen und US-Vizeaußenminister (vgl. Joetze 2001, 138ff).

Den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Kosovofrage definierten die Größen der westlichen Staatengemeinschaft und Russland im Rahmen des Bonner Treffens der führenden Industrienationen, der G-8 am 6. Mai. Es blieb weitgehend bei den Fünf Punkten: Gefordert wurde etwa die sofortige und überprüfbare Beendigung der Gewalt im Kosovo, der Rückzug der jugoslawischen Einheiten und die gleichzeitige Stationierung einer bewaffneten internationalen Sicherheitspräsenz mit Billigung der Uno. Auch die Entwaffnung der UÇK stand mit auf dem Programm (vgl. Jurikovec 2000, 64). Das deutliche Signal an Milosevic bestand darin, dass er von Russland nicht mehr viel Unterstützung zu erwarten habe. Die Schlinge um den Kopf des jugoslawischen Staatschef zog sich noch enger, als das Haager Kriegsverbrechertribunal am 27. Mai bekannt gab, dass es gegen ihn und eine Reihe seiner Getreuen wie den serbischen Präsidenten Milan Milutinovic oder den jugoslawischen Generalstabschef Dragoljub Ojdanic Anklage erhoben habe. Damit war Milosevic "der Weg versperrt, im Kosovo-Konflikt wie in den von ihm initiierten Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina für ein Einlenken politische Zugeständnisse der Staatengemeinschaft zu erhalten" (ebd., 65). Tschernomyrdin tat das Übrige, um Milosevic zu zermürben. Er stellte ihm bei einem Alleinbesuch in Belgrad am 28. Mai "immer wieder vor Augen, daß er sich selbst, seine Familie und sein Volk ruinieren würde, wenn er nicht nachgebe" (Joetze 2001, 151). In einem Protokoll des Gesprächs brachte Milosevic daraufhin zu Papier, dass das "serbische Parlament mit jeder Lösung einverstanden sein wird, die die Vereinten Nationen beschließen und Rußland billigt" (ebd., 152). Nun mussten sich nur noch die alten Gegner des Kalten Krieges einigen werden, was genau die Bedingungen für die Beendigung der Luftschläge sein sollten.

¹⁰⁹ Follath, a.a.O., Kosovo (III), 158

"Der Durchbruch muss bei den Beratungen am 1. und 2. Juni im Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg bei Bonn kommen. Da sind sich alle einig: Das ist die vielleicht letzte Chance der Diplomatie"¹¹⁰. Der Erwartungsdruck führt zu einer "selten erlebten politisch-diplomatischen Kraftanstrengung" mit Verhandlungen bis in die frühen Morgenstunden (ebd., 150). Tschernomyrdin gibt schließlich nach und akzeptiert, dass die NATO den Kern der zukünftigen Friedenstruppe, der *Kosovo Force (KFOR)*, stellen soll (vgl. Jurekovic 2000, 65). In Moskau fing er sich dafür die Kritik ein, die russischen Interessen verraten zu haben (vgl. Joetze 2001, 154). Aber letztlich entsteht ein einheitliches Papier, mit dem Ahtisaari und Tschernomyrdin noch am 2. Juni nach Belgrad reisen. Der Finne trägt die Kernpunkte vor und sieht sich mit Rückfragen über mögliche weitere Verhandlungschancen von Milosevic ausgesetzt. Doch Ahtisaari winkt ab mit der Begründung, dass der Text nur so abgesegnet werden könne (vgl. ebd., 156). Am nächsten Tag teilt der jugoslawische Staatschef ihm und Tschernomyrdin mit, "er habe sich mit den Fraktionschefs des Parlaments einschließlich der Opposition getroffen. Das Papier vom Petersberg sei akzeptabel" (ebd.). Das serbische Parlament billigte es danach förmlich mit großer Mehrheit. Es folgten Detailverhandlungen zwischen den Generälen beider Seiten, in denen es noch einmal Streit um die genaue Reihenfolge des Abzugs der Serben und des Nachrückens der NATO-Truppen gab. Sie endeten in einem militärisch-technischen Abkommen, das die Basis für den Einzug der KFOR in den teilweise verwüsteten Landstrich schuf (vgl. Jurekovic 200, 66). Am 10. Juni beschließt der UN-Sicherheitsrat – bei Enthaltung Chinas – die Resolution 1244. Darin wird der G-8-Friedensplan befürwortet und die Agenda für die UN-Truppen festgezurr (vgl. ebd., 67). Beide Seiten sind mit dem Ergebnis zufrieden und feiern es als Erfolg: Was Milosevic "von seinen Militärs unterzeichnen lässt, kommt einer Kapitulation gleich – das Kosovo wird de facto zum Nato-Protectorat. Aber Milosevic kann den 'tapferen Widerstand' gegen die übermächtige Allianz über seine staatlich gelenkten Medien als Sieg verkaufen"¹¹¹. Und bleibt vorläufig an der Macht.

Bilanz des Kosovo-Kriegs

Die Erfolgsbilanz des "etwas anderen Krieges"¹¹² fällt für die NATO schlecht aus. Befürworter der Luftschläge sehen in dem Waffengang auf dem Balkan zwar – wenn auch mit Fragezeichen versehen oder im Konjunktiv – den "letzten Krieg in Europa" (Joetze 2001) oder "den Beginn des Prozesses [...], an dessen Ende die Ausrottung des Krieges als Mittel der Politik in Europa steht" (Naumann 2000, 23). Begrüßt dabei vor allem, dass "eine in ihren Motiven höchst unterschiedliche Koalition von neunzehn demokratischen Staaten über

¹¹⁰ Ebd., 159ff

¹¹¹ Ebd., 164

¹¹² Vgl. Erich Follath: Der etwas andere Krieg, Kosovo (I), *Der Spiegel* 1/2000, 126

78 Tage Krieg zusammenhielt" bei der Bekämpfung elementarer Menschenrechtsverletzungen (ebd.). Doch der Beifall hält sich beim genaueren Lesen von Kosovo-Studien in Grenzen. So notiert Joetze als "erste politische Lehre", dass "eine militärische Intervention viel riskanter sein kann, als viele Politiker angenommen hatten. Keiner wird mehr glauben, dass sie schnell zum Erfolg führen kann" (2001, 192). Die Einsicht wird spätestens nach dem 11. September 2001 jedoch nicht mehr von allen westlichen Staaten geteilt. Letztlich blieb auch beim jüngsten Irak-Krieg nach dem weitgehenden Wegfall der ABC-Waffen- und Terrorismusvorwürfe gegen Saddam Husseins Regime hauptsächlich der humanitäre Grund für den Sturz des Bagdader Diktators übrig.

Ein Ziel konnten die NATO-Staaten durchsetzen: sie schafften es, die Rückkehr der vertriebenen Albaner ins Kosovo vorzubereiten. Nicht verhindern konnten sie die daraufhin einsetzende "Massenflucht der Serben" (ebd., 181). Zudem zählt zu den Charakteristika des Kosovo-Kriegs, dass die NATO ihre hauptsächlichen Zielsetzungen im Lauf der Operation mehrfach nachjustierte. Galt es zunächst, weitere Vertreibungen albanischer Bewohner zu verhindern und den serbischen Einheiten in der Provinz Einhalt zu gebieten, drehte sich schon im April und dann vor allem im Mai alles darum, die Flüchtlinge heimkehren lassen zu können (vgl. Gustenau 2000, 88). Große Verluste konnte die NATO den marodierenden serbischen Kräften nicht zufügen. "Abgesehen von der schweren Beeinträchtigung der jugoslawischen Luftverteidigung konnten die jugoslawischen Landstreitkräfte ihre operativen Kapazitäten in erheblichem Ausmaß behaupten" (ebd.). So gibt es sehr unterschiedliche Angaben zu den Trefferquoten der NATO auf schweres militärisches Gerät des Gegners. Am Kriegsende behaupteten die Strategen der Allianz, dass 120 serbische Panzer, 220 andere Truppenfahrzeuge und 450 Artilleriegeschütze und Granatwerfer zerstört worden seien. Doch nach einem Report der US Air Force waren es gerade einmal 14 Panzer, acht weitere Militärfahrzeuge und ein Dutzend Geschütze¹¹³. Dabei flog die NATO etwa 38.000 Feindflüge, wovon ein gutes Viertel Angriffen, die anderen hauptsächlich der Aufklärung dienten¹¹⁴. Ein Großteil der Luftattacken richtete sich nicht gegen serbische Truppen im Kosovo, sondern gegen die serbische Infrastruktur in ganz Jugoslawien; und dort vor allem in den großen Städten Belgrad und Nis. Dabei wurden nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen etwa 500 Zivilisten getötet und 820 verwundet, was auch das Haager Tribunal für glaubhaft hält (vgl. ICTY 2000). Die Zahl der getöteten Soldaten und Polizisten ist nach jugoslawischen Angaben nicht viel höher: sie soll bei 576 liegen¹¹⁵.

Ein weiterer Bewertungspunkt sind die Kosten des Krieges selbst, die durch ihn verursachten Materialschäden und die wirtschaftlichen Folgekosten.

¹¹³ Ash, a.a.O.

¹¹⁴ Vgl. Follath, a.a.O., Kosovo (I), 130

¹¹⁵ Vgl. ebd.

Die Ausgaben für die eigentliche Operation *Allied Force* hat die NATO mit rund sieben Milliarden Euro beziffert (vgl. Gustenau 2000, 89). Eine Studie zweier amerikanischer Finanzinstitute geht dagegen von 11,5 Milliarden Euro allein für die unmittelbaren Kriegsmaterialkosten aus¹¹⁶. Die Schätzungen der US-Regierung für die Stationierung der KFOR über fünf Jahre hinweg lagen 1999 bei 22 Milliarden Euro (vgl. ebd.). Die Schäden durch die Bombardements hat die jugoslawische Regierung nach dem Krieg auf rund 97,2 Milliarden Euro hochgerechnet. Die EU hat zudem allein für das Kosovo Wiederaufbaukosten von etwa 35,8 Milliarden Euro angesetzt¹¹⁷. Das Ausmaß des finanziellen Schadens ist somit enorm.

Nicht viel besser für die NATO sieht der Saldo auf der politischen Seite aus. Der letztlich ausgehandelte Friedensplan ließ die wesentlichen Fragen über die Zukunft des Kosovo – wie etwa die eines künftigen Autonomiestatus und die Position der verbliebenen Serben – offen. So kommt es bislang immer wieder zu ethnischen Konflikten. "Die Lage ist [...] nicht stabil", beschrieb dementsprechend Robert Bergmann, Kommandeur der multinationalen KFOR-Brigade Südwest, die Situation Mitte Oktober 2003. "Es ist nach wie vor so, dass organisierte Kriminalität, hohe Gewaltbereitschaft und ethnischen (sic!) Probleme ein Klima schaffen, in dem es jederzeit zum Ausbruch massiver Gewalt kommen kann"¹¹⁸. Aufsehen erregte beispielsweise die Ermordung serbischer Jugendlicher beim Baden in der Enklave Gorazdevac im August 2003¹¹⁹. Längst sehen internationale Beobachter die UÇK wieder am längeren Hebel. Joetze schreibt bereits 2001: "Die UCK hat starken Einfluss auf die albanischen Polizeieinheiten im Kosovo. Sie hat allerdings auch Beziehungen zum organisierten Verbrechen. Das Ganze ist ein halb legales, halb klandestines Netzwerk" (2001, 182). Besonders kritisch wurde die Rolle der UÇK während des drohenden Kriegs in Mazedonien im Frühjahr 2001 bewertet¹²⁰. Die Rückführung der rund 200.000 serbischen Vertriebenen will so nach wie vor niemand anpacken¹²¹. Der Tenor der spärlichen Kosovo-Berichte in westlichen Medien wiederholt sich daher in letzter Zeit immer wieder: "Die serbische Minderheit wird schikaniert, die Albaner streben nach nationaler Größe. Versöhnung scheint aussichtslos"¹²².

Auch Serbien, zu dem das UN-Protectorat Kosovo nach wie vor auch nach der Auflösung des Bundesstaats Jugoslawien gehört, lässt derweil Ängste vor neuer Instabilität aufkommen. Im Oktober 2000 stürmte das Volk zwar das Parlament und jagte Milosevic aus dem Amt. Am 1. April 2001 wird er in sei-

¹¹⁶ Vgl. ebd.

¹¹⁷ Vgl. ebd.

¹¹⁸ "Die Lage ist nicht stabil". Brigadegeneral Bergmann über neue Gewalt und den Rückgang ethnischer Konflikte, *Tagesspiegel* vom 13.10.2003

¹¹⁹ Vgl. Gemma Pörzgen: Vieles blieb ausgeklammert, *Tagesspiegel* vom 13.10.2003

¹²⁰ Vgl. etwa: UCK: Mazedonien in Brand stecken, *Tagesspiegel* vom 18.03.2001

¹²¹ Vgl. ebd.

¹²² Renate Flottau: Täter und Opfer, *Der Spiegel* 50/2002, 132

ner Villa auf Geheiß der neuen, sich aus Oppositionskreisen speisenden Regierung verhaftet und am 28. Juni nach Den Haag ausgeflogen, wo der Prozess gegen ihn am 12. Februar 2002 vor dem UN-Tribunal beginnt. Mit dem Mord an Regierungschef Zoran Djindjic, der am 23. Dezember 2000 die Parlamentswahlen mit dem Bündnis DOS gewann, Mitte März 2003 stürzte das Land jedoch zunächst in eine politische Krise und in ein Machtvakuum¹²³. Warnungen vor "gefährlichen Zeiten", einer "auf dem Spiel stehenden Integration Serbiens in die EU" und vor einer "neuen Welle des Nationalismus" machen die Runde¹²⁴.

Von einem politischen Erfolg der NATO-Operation kann daher letztlich nur in der Hinsicht gesprochen werden, dass die Mitgliedsstaaten und die nationalen Regierungen in der von Zerreißproben wie dem Grünen-Parteitag Mitte Mai gekennzeichneten Ausnahmesituation Einigkeit demonstrierten und die Kohärenz und Effizienz des Bündnisses demonstrierten (vgl. Gustenau 2000, 90). Das Konfliktmanagement der Staatengemeinschaft insgesamt nimmt sich aber "in einer Gesamtbilanz zumindest bescheiden aus, insbesondere, wenn man die politischen Zielsetzungen der Gesamtkosten und verursachten Schäden und Opfern gegenüberstellt" (ebd.). Auch *Der Spiegel* konstatierte ein knappes Jahr nach dem Krieg, dass es "dem Großteil der Menschen auf dem Balkan [...] heute dramatisch schlechter [geht] als vor dem Beginn der Nato-Angriffe"¹²⁵. Weitere Konflikte im traditionellen "Pulverfass Europas" würden sich abzeichnen. So lassen sich die Augen nicht vor der unangenehmen Tatsache verschließen, dass der Krieg den Kosovo-Konflikt einer dauerhaften politischen Lösung um "keinen Schritt näher" brachte. Auch wenn man die realpolitischen Einschränkungen der NATO-Operation honorieren müsse, so das Fazit des österreichischen Obersts Gustav Gustenau, so könne doch "von einem 'Sieg' im Sinne der Erreichung eines generellen strategischen Endzieles [...] in keiner Weise gesprochen werden" (ebd., 91).

¹²³ Vgl.: Vom Sturz Milosevic' bis zum Mord an Djindjic, *Die Welt* vom 14. März 2003

¹²⁴ Sorge um Stabilität in Serbien nach gescheiterter Präsidentenwahl, *ftd.de* vom 17.11.2003, <http://www.ftd.de/pw/eu/1068878704714.html>

¹²⁵ Follath, a.a.O., Kosovo (III), 169